



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2018/2021
8. Sitzung	Donnerstag, 17. Januar 2019 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Christian Keller, Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmzähler	Andreas Baumgartner Ralph Hunziker
Anwesend	36 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Simon Knecht
Entschuldigt	Jacqueline Magni Daniel Gadiant Petra Rutschmann Christoph Villiger
Ende der Sitzung	22.55 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2019/01	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	209
2	2019/02	Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt Daniel Meier, CVP)	210
3	2019/03	Bestattungs- und Friedhofreglement; Teilrevision (Kostenverteilung)	210
4	2019/04	Streichung des Schneesportlagers der Abschlussklasse	212
5	2019/05	Verpflichtungskredit von CHF 133'000 inkl. MwSt. für den Ersatz der defekten, mobilen Trennwände	22
6	2019/06	Abschluss Baurechtsvertrag Gässliacker, Zone OEB	225
7	2019/07	Postulat Christian Keller betreffend Unterbindung Schleichverkehr	230
8	2019/08	Umfrage	235

Christian Keller, Präsident: Ich begrüsse Sie zur 8. Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Wir haben heute einige Besucher im Saal, u.a. die Klasse B2a. Zudem hat sich das TeleM1 angekündigt, sie sind aber bis jetzt noch nicht eingetroffen. Als rechtliche Erläuterung, die Einwohnerratssitzungen sind öffentlich, es gibt auch ein Bundesgerichtsurteil, das sagt, dass im Rat zwischendurch gefilmt werden darf. Wir haben nach 20.00 Uhr eine Pause eingeplant, voraussichtlich nach dem Traktandum 4.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Daniel Gadiant, Jacqueline Magni, Petra Rutschmann und Christoph Villiger. Stefan Semela und André Kummer werden etwas später eintreffen. Es sind im Moment 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

1 2019.01 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Zum **Formellen:** Sie haben die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen erhalten. Nach unbenutzter Referendumsfrist sind am 7. Januar 2019 folgende dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 29. November 2018 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Verpflichtungskredite Kummunaler Gesamtplan Verkehr (KGV): CHF 57'500, Verpflichtungskredit (PRK): CHF 55'500; Genehmigung Leistungsvereinbarung Zusammenschluss zur Spitex Limmat-Aare-Reuss; Genehmigung Kreditabrechnungen a) Aktualisierung Planungsunterhalten Hallen- und Gartenbad; b) Erstellung Variantenvergleich Hallen- und Gartenbad; c) Erneuerung Kanalfernsehaufnahmen und Schachtprotokolle; d) Sanierung Flachdach Sporthalle.

Zu den **Mitteilungen: Dieter Martin, Gemeindeammann:** Ich entschuldige mich im Namen der Gemeindekanzlei, dass die Einwohnerratsunterlagen erst diese Woche auf der Website zur Verfügung gestellt werden konnten. Wir sind davon ausgegangen, dass die Website bereits am 3. Januar 2019 zur Aufschaltung bereit ist. Der Webhosting Anbieter konnte seine Arbeit aufgrund von Krankheitsabwesenheiten nicht leisten, weshalb es leider zu Verzögerungen kam. Ich möchte Sie über einen Diebstahl eines Passepartouts im Schulhaus Unterboden informieren. Am vergangenen Montag, um die Mittagszeit wurde einer Musiklehrerin ein Passepartout entwendet. Die Abteilung Bau und Planung hat sofort mit der Alarmierung der Sicherheitsbehörden reagiert und anschliessend wurden alle Aussentüren mit neuen Zylindern gesichert. Der Zylinderwechsel bedeutet, dass jeder Eingang einen anderen Schlüssel hat, seit Montag ist die Hauswartung und die Abteilung Bau und Planung dauernd mit der Schlüsselorganisation beschäftigt. Die Arbeit ist für alle betroffenen Stellen mit einem enormen Aufwand verbunden. Alle Vereine, Veranstaltungen und Vermietungen etc. können nur mit einem Schlüssel bedient werden, welcher jeweils von der Abteilung Bau und Planung oder der Hauswartung zur Verfügung gestellt werden muss. Zum Teil betrifft dies auch Mitarbeiter der Schule. Der Gemeinderat wird als Ersatz eine elektronische Schliessanlage installieren lassen. Wenn wir eine solche bereits gehabt hätten, hätten wir diesen Schlüssel innert Minuten neutralisieren können. Wir rechnen mit einem Offertpreis zwischen CHF 30'000 bis CHF 40'000.

Linus Egger, Gemeinderat: In den Unterlagen konntet ihr das Wort Ratio 2020 lesen. Von verschiedenen Seiten wurde dem Gemeinderat die Frage gestellt, was das heisst. Aus diesem Grund wurde ich vom Gemeinderat gebeten, dieses Wort an der Einwohnerratssitzung kurz zu erläutern.

Ihr könnt euch sicher daran erinnern, dass ich beim Budget 2019 diese Folie aufgezeigt habe. Wir haben damals gesagt, dass wir auf das Jahr 2019 keine Steuererhöhung beantragen wollen, obwohl wir beim Budget 2019, nach der 2. Budgetberatung ein operatives Ergebnis knapp unter CHF 800'000 ausgewiesen haben. Im Aufgaben- und Finanzplan haben wir für das Jahr 2020 eine Budgeterhöhung vorgesehen. Stellvertretend für verschiedene Punkte haben wir auch erwähnt, dass wir beim Schulraum, mit Einbezug von Nachbargemeinden alle

Verträge und Vereinbarungen, die wir haben, prüfen wollen, ob sie noch aktuell sind, ob wir sie anpassen müssen oder ob sie überhaupt noch gebraucht werden. Alle Ressortvorsteher haben Aufträge erhalten, um mit den Abteilungsverantwortlichen zu prüfen ob es in den Abteilungen Dinge gibt, die man verändern könnte oder die man nicht mehr benötigt. Es wurde hier nicht diktatorisch vorgegangen, sondern der Ressortchef musste die Abläufe mit dem Abteilungsleiter zusammen überprüfen. Ich habe hier drin erwähnt, dass wir vom Gemeinderat bei gewissen Punkten Anträge in den Einwohnerrat bringen werden, das wurde im Protokoll auch so festgehalten. Wir sagten auch, dass wir eine Kerngruppe bilden werden, die sich aus dem Leiter Abteilung Finanzen, das ist der wichtigste Mann in dieser Kerngruppe, dem Vertreter Gemeinderat, das bin ich und Nico Lalli, Mitglied der Finanzkommission zusammensetzt. Das Kernteam hatte bereits eine vierstündige Sitzung, sie haben alles priorisiert und vom Gemeinrat verabschieden lassen. Wir werden den nächsten Schritt zusammen mit Nico Lalli und der Präsidentin der Finanzkommission auf datieren, die Ressortvorsteher sind bereits in ihren Abteilungen aktiv. Wir wollen die Dinge, die ich vorher stellvertretend gesagt habe, es gibt aber noch mehr, bis der Budgetprozess beginnt, abgeschlossen haben, so dass der Budgetprozess zügiger vorangeht, und so auch die Budgetdiskussionen Ende September in Zukunft vielleicht etwas schlanker abgewälzt werden können.

Für dieses Projekt brauchten wir einen Namen, einer dieser drei Teammitglieder schlug den Namen Ratio 2020 vor, und alle anderen waren mit diesem Namen einverstanden. Das Projekt heisst Ratio 2020 und heute haben wir bereits zwei Anträge, die daraus aufgegleist wurden, das Bestattungsgreglement und das Schneesportlager.

Christian Keller: Wir haben einen Neueingang, der liegt euch vor, dabei handelt es sich um das Postulat von Carol Dermarmels betreffend dem Verkehrstechnischen Bericht zur Überprüfung der Schulwegsicherheit. Zum Protokoll der letzten Sitzungen sind einzelne Änderungen eingegangen, auch diese liegen euch vor. Die Korrekturen werden in die Protokolle übernommen und auf der Website der Gemeinde archiviert.

2 2019.02 Wahl eines Mitglieds in die Finanzkommission (Rücktritt von Daniel Meier, CVP)

Christian Keller: Bisher wurden keine Kandidaturen gemeldet, deshalb frage ich noch einmal im Rat, ob jemand von euch bereit ist, sich für die Finanzkommission zur Verfügung zu stellen. Der zu besetzende Sitz muss zwingend von einem Mitglied des Rates besetzt werden. Solange niemand von euch bereit ist, hier einzuspringen, bleibt dieser Sitz vakant. Das bedeutet, dass die Finanzkommission ihre Arbeit in Unterbesetzung unter einander aufteilen wird.

Ich rufe die Fraktionen nochmals dazu auf, miteinander zu reden, und zu prüfen, ob nicht jemand aus eurer Mitte bereit ist, dieses Amt zu übernehmen. Persönlich könnte ich mir auch vorstellen, dass in der FDP eine Rochade stattfinden könnte. Von der FDP sind zwei Nichteinwohneratsmitglieder in der Finanzkommission. Aber das ist Sache der Partei und geht mich eigentlich nichts an.

3 2019.03 Bestattungs- und Friedhofreglement; Teilrevision (Kostenverteilung)

Eintreten wird nicht bestritten

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir werden Ihnen heute Abend nicht das bekannte Traktandum Friedhofreglement und Garten vorlegen, sondern es handelt sich bei diesem Antrag

nur um die Kostenverteilung des Friedhofreglements, welches ich bereits anlässlich der Budgetsitzung angesprochen habe. Der Gemeinderat sieht ihr neben dem Projekt Ratio 2020 ein beträchtliches Sparpotenzial und möchte das kurzfristig per 1. April 2019 inkraftsetzen. Bis heute leistet die Gemeinde durchschnittlich jährliche Bestattungskosten von CHF 100'000 und mehr für die einheimische Bevölkerung. Nach einem Vergleich mit sieben umliegenden Gemeinden haben wir festgestellt, dass Obersiggenthal die einzige Gemeinde ist, die die Kosten dieser Dienstleistungen selbst trägt.

Auf der Folie seht ihr welche Gemeinden wir verglichen haben, es sind das Fislisbach, Untersiggenthal, Gebenstorf, Baden, Wettingen, Neuenhof und Würenlingen. Wenn unsere Kosten nach dem Muster der meisten dieser Gemeinden weiterverrechnet würden, würde sich nach einer Hochrechnung des Gemeinderates ein Sparpotenzial von ca. CHF 65'000 ergeben. Bis heute bezahlt die Gemeinde alle Dienstleistungen, wir sind der Meinung, dass wir die Kosten für den Anteil der Überführung, der Kremation, der Urne sowie das Abholen der Urne direkt weiterverrechnen können. So würden für die Gemeinde die Beträge für die Graböffnung und das Grabkreuz übrigbleiben. Die Dienstleistungsnehmer, die Familien der Verstorbenen würden mit diesen Kosten neu belastet. Werte Einwohnerinnen und Einwohner ich bitte Sie, im Sinne unserer Sparbemühungen dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Daniel Jenni: Wir haben in der Fraktion mit Freuden zur Kenntnis genommen, dass die zuständigen Gemeindeböden jetzt eine Teilrevision für das Bestattungs- und Friedhofreglement, gemacht haben, und dieses Mal ohne grosse Kostenaufwendungen. Wenn wir uns mit den anderen Gemeinden vergleichen, war dies auch überfällig. Wir haben das Reglement in der Fraktionssitzung genau studiert, und es im Grossen und Ganzen eigentlich für gut befunden. Im Detail fällt dann aber auf, dass die Erdbestattung für die Gemeinde weiterhin mit Abstand am teuersten ist und für die Angehörigen am billigsten. Eine Urnenbestattung ist für die Angehörigen weitaus teurer als eine Erdbestattung, was etwas komisch und für uns nicht korrekt ist. Deshalb beantragen wir eine Umverteilung der Kosten auch bei der Erdbestattung. Unser Antrag lautet wie folgt, der Gemeindebeitrag der Erdbestattung beträgt CHF 1'000 statt CHF 2'000.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Das würde heissen, dass die Angehörigen von Erdbestattungen neu mit CHF 1'240 belastet werden. Das ist, wenn man es so anschaut, in einem gewissen Verhältnis zu den Kosten der Urnenbestattungen.

Christian Keller: In der Zwischenzeit ist Stefan Semela eingetroffen. Es sind jetzt 35 vereidigte Einwohnerinnen und Einwohner anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18.

Micha Jetzer: Wir von der SVP haben das Geschäft auch beraten und sind zu folgendem Schluss gekommen. Nachdem letzten Mal, haben wir jetzt eine Vorlage erhalten, die sich am näheren Umfeld orientiert und eine klare, nachvollziehbare Lösung darstellt. Nach dieser Datenerhebung für diese Vorlage ist es für uns etwas unklar, weshalb man das Ganze nicht gleich durchgezogen hat. Man hat sich jetzt in Reglemente eingesehen, sich Informationen beschafft, man wäre im Thema gewesen, so dass man den Rest mit „copy paste“ aus einem guten Reglement hätte einfliessen lassen können. Im Grossen und Ganzen ist es wichtig, dass wir uns dem Umfeld anpassen, und mit dieser Teilrevision auf Augenhöhe mit den umliegenden Gemeinden liegen. Auch in Hinsicht auf die Gemeindefinanzen ist die Anpassung sicher gut und richtig. Die SVP steht einstimmig hinter diesem Antrag.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag Daniel Jenni: Ich beantrage eine Änderung der Kostenverteilung betreffend Graböffnung bei Erdbestattungen. Antrag Graböffnung, der Gemeindebeitrag der Erdbestattung beträgt CHF 1'000 statt CHF 2'000.

Dem Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:
Die Änderungen des Bestattungs- und Friedhofreglements werden genehmigt.

Dem Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

4 2019.04 Streichung des Schneesportlagers der Abschlussklasse

Eintreten wird nicht bestritten

Christian Keller: Wie ihr sicher alle bereits gemerkt habt, haben wir die erste betroffene Klasse zu Gast. Die Klasse B2a hat einen Brief an mich bzw. den Einwohnerrat gerichtet, den ich euch nun vorlesen werde.

Sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben erfahren, dass es im Einwohnerrat am 17. Januar 2019 eine Abstimmung für die Abschaffung des Skilagers in der 9. Klasse aus finanziellen Gründen gibt. Wir finden es sehr schade, dass dies passieren soll, da das Skilager uns sehr viel bedeutet. Viele Klassen der 9. Stufe haben kein Abschlusslager; dies wird von unserem Skilager ersetzt. Das Skilager in der 9. Oberstufe ist etwas ganz Besonderes, da wir uns bald darauf trennen werden. Schöne Erinnerungen sammelt man im Skilager und diese wollen wir auch noch in der 9. Klasse mit unserer Klasse und Freunden erleben. Auch wenn wir uns bald trennen werden, erleben wir zusammen in der 9. Klasse die besten Erinnerungen und stärken unsere Freundschaften, die auch nach der 9. Klasse weitergehen sollen. Wir alle freuen uns auf das Skilager, welches schon fast unser Highlight des Jahres geworden ist. Das Skilager war schon immer etwas Besonderes, schon seit der 5. Klasse. Wir hoffen, dass Sie auch andere Sparmassnahmen treffen können und uns und den anderen Stufen das Skilager lassen könnten. Wir haben in der Gemeinde Schulden von Millionen, da machen CHF 15'000 nicht mehr viel. Mit freundlichen Grüßen Klasse B2a.

Aline Schaich, Gemeinderätin: Ich möchte zum Antrag selber nicht mehr viel sagen, ich glaube es wurde bereits schon sehr viel dazu gesagt. Ich möchte nur noch eine Anmerkung dazu machen, dass eine Äusserung von ihnen sehr missverständlich aufgenommen wurde. Die Äusserung, dass es speziell in den Abschlussklassen disziplinarischen Probleme geben könnte und dass das dazu führt, dass es keine Lehrer und keine Leiter gibt, die das Schneesportlager durchführen möchten. Ich möchte das korrigieren, das ist nicht der Fall. Wir sind in Obersiggenthal, im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden wirklich in der glücklichen Lage, dass wir sehr motivierte Lehrer und Leiter haben, die bereit sind, das Schneesportlager durchzuführen und es zu begleiten. Das einfach noch als Anmerkung, da diese Äusserung offensichtlich zu vielen Diskussionen und Missverständnissen geführt hat.

Christian Keller: Andreas Baumgartner ist Schneesportlagerleiter und Lagerkoordinator der Schule Obersiggenthal. Er wird nun im Auftrag des Gemeinderates sprechen.

Andreas Baumgartner: In den vergangenen Wochen wurde an verschiedensten Orten über die mögliche Abschaffung des Schneesportlagers für die 9. Klassen in Obersiggenthal diskutiert und berichtet. Die Diskussionen wurden sehr emotional geführt. Dies zeigt deutlich, dass

wir in Obersiggenthal beim Sparen an einem Ort angekommen sind, an dem es weh tut. In der Diskussion und in Berichten kursieren auch Argumente und Darstellungen die so nicht stimmen.

Ich kenne die Schneesportlager unserer Schule als Koordinator für die Schneesportlager und als aktiver Lagerleiter. Ich werde in den kommenden Sportferien mein 27. Lager für die Schule Obersiggenthal in Davos leiten, recht gut. Ich möchte heute Abend einige Dinge klarstellen, offensichtliche Missverständnisse berichtigen und somit dazu beitragen, dass die geführte Diskussion von der emotionalen Ebene wieder auf eine sachliche Ebene gebracht werden kann. Wir müssen heute Abend auf Grund von sachlichen Argumenten entscheiden, ob wir das Schneesportlager der 9. Klassen erhalten wollen, oder ob es aus Spargründen gestrichen werden soll.

Hierzu möchte ich auf zwei Bereiche eingehen. In einem ersten Teil auf den Bericht in der AZ vom Mittwoch, 9. Januar 2019 und im zweiten Teil, gehe ich auf den euch allen vorliegenden Bericht und den Antrag an den Einwohnerrat ein.

Hohe Wellen dürfte auch der zweite Teil des Berichtes geworfen haben. In diesem Artikel wird die Schneesportinitiative Schweiz, eine öffentlich-private Non-Profit-Organisation zur Förderung des Schneesportes erwähnt. Sie bietet Schulen Hilfe bei der Organisation von Schneesportlagern zu attraktiven Preisen an. Eine gute Sache, deren Nutzen und Berechtigung ich keineswegs infrage stellen möchte. In diesem Bericht steht auch: „Mit einem solchen Elternbeitrag von CHF 355 bzw. 375 könnten wir für die Schule Obersiggenthal ein Luxuslager in Zermatt mit Vollpension organisieren“. Wenn ich dies als Steuerzahler von Obersiggenthal lese, ohne genaue Kenntnisse zu haben, könnte schon die Frage aufkommen, weshalb die Obersiggenthaler Lager so viel teurer sind, wenn ein Luxuslager in Zermatt für viel weniger Geld zu haben wäre. Diesen falschen Schluss möchte ich mit dem folgenden Beispiel entkräften. Die Schneesportlager unserer Schule und die Lager unter Mithilfe der Schneesportinitiative Schweiz unterscheiden sich in einigen wesentlichen Punkten markant und können deshalb nur unter Berücksichtigung und Aufrechnung dieser Umstände verglichen werden.

Bei der Suche auf der Plattform der Schneesportinitiative Schweiz bin ich auf das Angebot auf der Jschalp (Davos Jakobshorn) gestossen. Genau die gleiche Unterkunft, in der ich jeweils mein Oberstufenlager mit den 8. Klassen durchführe. Somit bietet sich dieses Angebot für einen Vergleich an. Es werden Folien gezeigt. Das Angebot der Schneesportinitiative Schweiz umfasst folgende Leistungen: Lagerdauer Montag bis Freitag (5 Tage, 4 Übernachtungen), 5 Tagesskipass für die Bergbahnen (Montagnachmittag bis Freitagmorgen), An- und Rückreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, Halbpension, Ausrüstung (Ski, Skistöcke, Snowboard, Ski- oder Snowboardschuhe, Helm), Preis CHF 323 pro Person, Special Event.

Das Angebot der Schule Obersiggenthal umfasst folgende Leistungen: Lagerdauer Sonntag bis Samstag (7 Tage, 6 Übernachtungen), 7 Tagesskipass für die Bergbahnen, An- und Rückreise mit dem Car, Halbpension, Nachfahrt mit der Gondel (unser Special Event Ausgang Davos, Fackelabfahrt). Für den Vergleich nehme ich mein Schneesportlager in Davos im Jahr 2017, damals waren wir insgesamt 45 Personen im Lager.

Ich habe versucht die Kosten gegenüberzustellen. Auf der Folie wird die Kostenzusammensetzung detailliert aufgeführt. Wenn man die aufgerundete Differenz von CHF 6'435 in Relation zur unterschiedlichen Lagerdauer setzt, dann ist diese absolut gerechtfertigt. Wenn ich die Gesamtkosten für das Angebot der Schneesportinitiative Schweiz überschlagsmässig auf 7 Tage hochrechne $\text{CHF } 20'000 : 5 \text{ Tage} \times 7 \text{ Tage}$, dann kommt man für dieses Angebot auf rund CHF 28'000. Die Gesamtkosten wären somit höher, als diejenigen für das Obersiggenthaler Lager. Allerdings wäre die Materialmiete für die Schülerinnen und Schüler, welche kein eigenes Material haben eingeschlossen.

Ich wollte mit diesem Beispiel zeigen, dass man Birnen nicht mit Äpfeln vergleichen darf und dass, wenn man das unbedacht und ohne Hintergrundwissen liest, sich schon fragen muss,

weshalb die Lager so viel teurer sind. Es bestehen unterschiedliche Voraussetzungen, und wenn man die miteinander vergleichen will, dann ist der Vergleich nur dann fair, wenn die verschiedenen Voraussetzungen auch berücksichtigt werden.

Im zweiten Teil möchte ich auf die Vorlage eingehen. Obersiggenthal hat eine lange Schneesportlagertradition, die bis in die 70iger Jahre zurückreicht. Die freiwilligen Lager in den Sportferien werden ausserordentlich gut besucht und werden von Schülerinnen und Schülern und auch von deren Eltern sehr geschätzt. Während die Zahl der Schneesportlager in vielen anderen Gemeinden einbrach, konnten wir in den letzten Jahrzehnten immer fünf gut besuchte Lager anbieten. Wir sind das positive Beispiel in Sachen Lager für Jugendliche. Etwas Besonderes, Einzigartiges, worauf wir als Obersiggenthalerinnen und Obersiggenthaler stolz sein dürfen. Eine Erfolgsgeschichte, welche jetzt beschnitten werden soll. Aus Sicht der Schulpflege und der Schulleitung kann ich nachvollziehen, dass sie unter dem auferlegten Spardruck nicht im Kernbereich der Schule, sondern im freiwilligen Bereich sparen wollen. Auch dass das Lager der 9. Klassen und nicht dasjenige der 5. Klassen gestrichen wird, ist aus ihrer Sicht nachvollziehbar. Wenn man die integrative Wirkung eines klassenübergreifenden Lagers beachtet, macht es Sinn, dass sie Schüler nach dem Lager noch länger zur Schule gehen und diese nicht schon ein halbes Jahr später verlassen.

Für mich absolut nicht nachvollziehbar ist die Argumentation auf dem vorliegenden Bericht an den Einwohnerrat. Diese Argumentation hat auch für Verwirrung gesorgt und zu einigen Missverständnissen geführt. Diese Missverständnisse widerspiegeln sich auch in den Kommentaren auf AZ-online. Missverständlich ist zum Beispiel die Aussage, dass im Gegenteil die disziplinarischen Probleme im letzten Schuljahr am grössten seien. Es ist logisch, dass disziplinarische Schwierigkeiten gegen Ende der Schulzeit in den letzten Monaten zunehmen. Diese Aussage im Zusammenhang mit den Schneesportlagern zu erwähnen, verleitet aber zu folgendem Fehlschluss: Das Schneesportlager der Abschlussklassen muss wegen disziplinarischen Schwierigkeiten im Lager abgeschafft werden oder es finden sich keine Lehrpersonen mehr, welche das Lager leiten.

Beides trifft für Obersiggenthal nicht zu. Das Lager ist freiwillig und die Schülerinnen und Schüler, die sich anmelden gehen ins Lager um dort eine gute Woche unter gleichaltrigen zu verbringen und nicht um zu randalieren. Wir hatten jedenfalls in den vergangenen Jahren nicht mehr Vorfälle als früher, das bestätigt auch Herr Wenzler als langjähriger Lagerleiter des Abschlusslagers. Dass nicht immer alles rund läuft in einem Lager mit bis zu 50 Jugendlichen, versteht sich von selbst. Dies ist unabhängig von der Altersstufe. Bisher ist es der Schule Obersiggenthal immer gelungen die Hauptleitungen mit Lehrpersonen unserer Schule zu besetzen. Weitere Lehrpersonen engagieren sich in der Küche oder als Ski- und Snowboardleiter. Auf dieses Engagement von Lehrpersonen in der unterrichtsfreien Zeit müsste Obersiggenthal eigentlich auch stolz sein.

Ich frage mich, wollen wir ein gut aufgebautes, funktionierendes System beschneiden, obwohl die Nachfrage gross ist? Wollen wir ein gut aufgebautes, funktionierendes System beschneiden, obwohl es noch genügend Personen gibt, welche sich engagieren? Wollen wir ein gut aufgebautes, funktionierendes System so beschneiden, dass die Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen nicht mehr daran teilhaben können? Wollen wir ein gut aufgebautes, funktionierendes System beschneiden, um jährlich CHF 10'000 bis 15'000 einzusparen?

Und jetzt frage ich euch, bitte verzeiht mir, dass ich diese Frage als Mathematiklehrer stelle, denkt an euer letztes Oberstufenjahr zurück, an welches Ereignis habt ihr mehr bleibende Erinnerungen, an die Lektion, in welcher euer Mathelehrer die bekannte Pythagoras-Gleichung $a^2 + b^2 = c^2$ erklärt hat, oder an euer letztes Schneesportlager?

Müller Urs: Man kann sagen, dass die Schneesportlager in Obersiggenthal zum Opfer ihres Erfolges werden. Es gibt in der Region keine Gemeinde, in der so viele Schülerinnen und Schüler diese freiwilligen Lager besuchen. Diese Popularität ist nicht zuletzt auf die gute Organisation und die guten Leiterteams zurückzuführen, und das seit Jahren. Diese Popularität hat dazu

geführt, dass auch die Kosten für die Gemeinde vergleichsweise hoch sind. Bei der Debatte um die Streichung des Lagers für die Abschlussklassen, die inzwischen schweizweit Wellen geworfen hat, habe ich drei Argumente gehört, von denen zwei völlig falsch sind und eines zutrifft.

Nichtzutreffend ist, dass das Abschlusslager gestrichen werden soll, weil es hier eh am meisten disziplinarische Probleme gibt. Ich habe viele Schneesportlager erlebt, und natürlich gibt es unter 50 Jugendlichen immer wieder ein paar, die Probleme haben, sich an die Regeln zu halten. Das war früher so und ist es auch heute noch. Es gibt heute aber nicht mehr Probleme, im Gegenteil mit dem Lagervertrag, den alle Teilnehmer unterschreiben müssen, ist die Situation heute sogar besser als früher.

Das zweite Argument, dass das Lager wenig bringt, weil die Schüler nur noch ein Semester in der Schule vor sich haben. Eine unverständliche Aussage. Natürlich bringt so ein Lager etwas; wenn Schüler die Möglichkeit haben, eine Woche lang draussen Sport zu treiben, statt die ganzen Ferien unter dem Nebel zu Hause, mit Videogames zu verbringen ist das sogar sehr wertvoll.

Das dritte Argument trifft zu, dass die Lager ein relativ grosser Ausgabenbrocken ist und die Gemeinde sparen muss. Unsere Lager sind durchschnittlich eher teuer. 2018 kostete ein Lagerteilnehmer, wenn man die Eltern- und Gemeindebeiträge zusammenrechnet rund CHF 630.

Es gäbe aber Sparmöglichkeiten, die es ermöglichen würden, alle Lager durchzuführen. Ich habe gehört, dass die CVP hat einen Vorschlag vorbereitet hat, aus diesem Grund möchte ich keinen Antrag stellen, aber kurz erwähnen, dass es noch andere Möglichkeiten gibt. Man könnte die Lager um einen Tag verkürzen, günstigere Lagerhäuser suchen, wieder vermehrt Selbstkocherlager organisieren, die sind erheblich günstiger. Zudem könnte man wieder mehr J+S Lager durchführen, die Beiträge, die man dort erhält, würden die Lager ebenfalls günstiger machen. Eigentlich ist es aber nicht die Aufgabe des Gemeinderates oder des Einwohnerrates der Schule vorzuschreiben, wie sie ihre Mittel einsetzt. Das ist auf jeden Fall keine strategische Aufgabe. Was der Gemeinderat und der Einwohnerrat zu tun haben ist, der Schule mit dem Budget den finanziellen Rahmen vorzugeben, die Umsetzung aber soll bei der Schule liegen. Ich warte deshalb auf den Antrag der CVP.

Daniela Graubner: Die EVP ist grundsätzlich auch der Meinung, dass die Schule mit ihren Mitteln umgehen kann, wie sie es für richtig findet. Wenn die Schule, aufgrund eines Sparantrages von Ratio 2020 mit einem Vorschlag kommt, würden wir diesen unterstützen. Sie wollen die Einsparungen nicht bei den Kernkompetenzen, sondern bei den freiwilligen Dingen machen. Wir finden die Schneesportlager eine gute Sache, die Frage ist einfach zu welchem Preis, wir müssen sparen und das tut weh. Die EVP ist auf den Antrag der CVP gespannt und ich bin mir am Überlegen, diesen zu unterstützen.

Markus Renggli: Die CVP/BDP Fraktion war mehrheitlich gegen den Antrag. Tanja Frieden hat für ihre Bemühungen in der Schweizer Illustrierten eine Rose erhalten, wir haben uns überlegt, wie man verhindern könnte, dass der Einwohnerrat Obersiggenthal einen Kaktus erhält. Deshalb haben wir zusammen mit Andreas Baumgartner eine neue Variante, eine Art Gegenvorschlag zum Antrag formuliert, der auch gleichzeitig dieses Geschäft auf eine gewisse Art wieder zurück an die Player gibt, die auch mit diesem Geld kutschieren müssen und auch die Entscheidungen treffen sollen. Das heisst, dass das Gremium, sprich die Schulpflege, Schulleitung und ganz wichtig auch der Lagerverantwortliche mit einbezogen wird. Ich werde euch den Antrag nun vorlesen.

Antrag der CVP/BDP betreffend Streichung Schneesportlager 9. Klassen. Die Schule Obersiggenthal soll weiterhin fünf Schneesportlager in den Sportferien anbieten. Diese langjährige erfolgreiche Tradition soll fortgesetzt werden und auch die Abschlussklassen sollen davon profitieren können. Um einen Sparbeitrag zu leisten, werden die Schneesportlager auf mögliche

Kosteneinsparungen durch Schulpflege, Schulleitung und Lagerverantwortliche überprüft. Die daraus gezogenen Einsparungen sollen dann für die Schneesportlager 2020 wirksam werden. Angestrebt wird eine ähnliche Reduktion wie in der Vorlage.

Andreas Baumgartner hat gesagt, dass man das mit seinen Möglichkeiten nicht auf den Franken genau berechnen kann, aber das Ziel sollte sein, einen Weg zu finden, um die Kosten zu optimieren und den Sparbeitrag zu leisten. Dies entweder durch eine Verkürzung der Lagerdauer, eine Anpassung der Leiterentschädigungen usw.

Wir geben den Ball zurück, aber ohne einen fixen Entscheid zu fällen. Ich bitte euch den Antrag zu unterstützen.

Sandra Hehli: Auch wir von der SVP haben dieses Traktandum rege diskutiert. Wir sind darüber erfreut, dass auch die Schule den Sparwillen zeigt. Leider halt beim Lager für die Abschlussklassen und nicht an einem anderen Ort. Was uns aber weniger erfreut ist, dass die Schule und der Gemeinderat uns im Einwohnerrat den Schwarzen Peter für die Streichung zuschieben will. Jemand muss ja der Sündenbock sein, dann heisst es, wenn es angenommen wird, dass der Einwohnerrat das so haben wollte. Das wäre eine einfache Sache gewesen, den Posten aus dem Schulbudget zu streichen, das muss nicht über den Einwohnerrat laufen. Der Verwaltungsaufwand, um dieses Papier zu verfassen hätte man sich so auch sparen können, wo wir ja schon beim Sparen sind. Wir spenden immer wieder Geld ins Ausland, aber für unsere Abschlussklassen kann man oder will man kein Lager mehr machen. Das geht für mich nicht ganz auf. Wenn das die Schule und der Gemeinderat so will, dann sollen sie auch dahinterstehen und die Verantwortung draussen in der Bevölkerung tragen, und nicht den Einwohnerrat vorschieben.

Mia Jenni: Seit knapp einer Woche sammeln die Obersiggenthaler Schülerinnen und Schüler, ich nehme an, dass ihr auch dazu gehört, Unterschriften gegen die Abschaffung des Skilagers der 9. Klasse. Bis jetzt kamen 100 Unterschriften zusammen, das ist eine nicht zu unterschätzende Anzahl von verärgerten Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde. Auch wir von der SP finden es ärgerlich, dass wir darüber abstimmen müssen, ob das Skilager abgebaut wird oder nicht. Wir wollen und können in der Gemeinde keinen weiteren Abbau dulden. Es ist uns schon klar, dass uns die Hände finanziell in unserer Gemeinde gebundene sind, und wir Opfer der bürgerlichen Abbaupolitik auf kantonaler Ebene sind. Es ist nicht an uns jedes Mal einzuknicken und zu sparen, denn das hat aus unserer Gemeinde das gemacht, was sie heute ist. Wir sind keine Gemeinde im Stillstand, wir sind eine Gemeinde im Abbau. Grundsätzlich sind wir gegen einen Abbau des Skilagers, wird sich aber ein Ja abzeichnen, unterstützen wir natürlich auch den Antrag der CVP, der eine sehr anständige Lösung bietet, die Skilager doch alle auf allen Stufen zu retten. Uns ist es aber ein grosses Anliegen, dass das nicht zu Lasten der Eltern geht, das heisst die Elternbeiträge gekürzt werden.

Ursula Spinnler: Die FDP hat sich eine volle Stunde mit diesem Antrag beschäftigt und ihn sehr kontrovers diskutiert. Dabei standen nicht die angeblichen disziplinarischen Probleme im Vordergrund, sondern das Erlebnis Skilager, welches sicherlich auch vielen von uns Einwohnerräten selbst noch in guter Erinnerung ist, auch wenn es teilweise schon lange her ist. Schlussendlich sind wir zum Schluss gelangt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen, wenn die Schule und der Gemeinderat mit der Streichung des Schneesportlagers in der Abschlussklasse sparen wollen. Es handelt sich hier nicht um einen Bildungsauftrag, sondern um eine freiwillige Freizeitgestaltung. Sollten die Eltern der Abschlussklassenschüler der Meinung sein, das Lager solle aufrecht erhalten bleiben, so könnte dies auf der Basis Vollkostenrechnung angeboten werden. Der FDP, wie auch der SVP ist es sehr wichtig, dass die Berichterstattung in der Presse korrekt erfolgt, indem ganz klar erwähnt wird, dass es sich hier um einen Sparantrag der Schule und des Gemeinderates handelt und nicht um eine vom Einwohnerrat lancierte Idee.

Christoph Alder: Ich sitze in der Gesamtschulleitung der Kreisschule Aarau-Buchs, das ist die grösste Schule. Wir führen jeweils acht Skilager durch und ich hatte die letzten drei Jahre die Hauptleitung der Primarskilager. Ich denke, dass ich zu diesem Thema auch etwas sagen

kann. Grundsätzlich möchte ich dazu sagen, dass dieses Geschäft so operativ ist, dass es im Einwohnerrat eigentlich überhaupt nichts zu suchen hat. Uns wird damit der Schwarze Peter zugeschoben, in dem wir darüber entscheiden müssen. So geht das nicht. Ich kann euch erzählen wie wir das in Aarau machen. In Aarau wurde ein Defizit von CHF 50'000 budgetiert, dies läuft neu über das Kreisschulamts, die letzten 30 Jahre ging das über den Einwohnerrat. Die CHF 50'000 geteilt durch die acht Skilager, ergibt ein Defizit von CHF 6'300. Ich habe mir überlegt, ob ich einen Rückweisungsantrag stellen soll, das mache ich jetzt nicht, ich unterstütze zu 100 % den Antrag der CVP. Hier gibt es tatsächlich offensichtlich Sparpotenzial, zum Beispiel bei den Lehrerbeiträgen oder bei den J+S Geldern. Wir nehmen mit den J+S Gelder einen riesigen Betrag ein, für 12 Schüler und ein J+S Leiter erhalten wir sehr viel.

Warum müssen wir überhaupt im Einwohnerrat über solche Dinge diskutieren. Der Antrag wurde sehr ausführlich und gut dargelegt, aber es kann nicht Sinn der Sache sein, dass wir im Einwohnerrat über jedes Geschäft im Budget diskutieren müssen. Es war gut, dass Linus Egger Ratio 2020 vorher erklärt hat, aber es kann nicht sein, dass das vor den Einwohnerrat kommt, nur weil sie ein Lagerhaus reservieren müssen. Sie zahlen eine Anzahlung von CHF 1'000 oder 1'500 und wenn wir die Durchführung ablehnen, dann müssen sie sich den Betrag halt ans Bein streichen. Ich habe die klare Haltung, dass es für Skilager, Klassenlager, Schulreisen, Exkursionen etc. ein Globalbudget gibt, bei dem wir den Betrag festlegen. Dort können wir sagen, dass wir CHF 10'000, im Rahmen der Sparmassnahmen streichen. Die Schulleitung hat eine eigene Verwaltungskompetenz, es ist ihre Sache zu entscheiden, es ist nicht unsere Sache.

Einen Punkt muss ich nun noch zu den Schulen sagen, es ist schon sehr naiv zu glauben, dass wenn das Schneesportlager nun gestrichen wird, dass wir dann die nächsten zwei Jahre dafür das restliche Budget, und das macht doch 1/3 des Gesamtbudgets aus, in Ruhe lassen werden. Es ist wirklich sehr naiv zu glauben, dass nachher nicht mehr über das Budget diskutiert wird.

Carol Demarmels: Ich möchte kurz etwas zum CVP Antrag sagen. Ich unterstütze den Antrag, sehr, denn es führt die Diskussion dorthin zurück, wo sie auch hingehört, nämlich in die Schule. Zurück zur Schulleitung, zur Schulpflege und zu den Lagerverantwortlichen, wo die Diskussion eigentlich hätte geführt werden sollen. Ich würde sogar noch weitergehen, denn es ist ein Thema für alle Lehrer und für die Schülerschaft. Ich habe zwei Fragezeichen. In diesem Antrag wurde fix festgelegt, dass es fünf Schneesportlager sein sollen, darüber lässt sich doch durchaus diskutieren und ich möchte nochmals auf die Petition der Schülerinnen und Schüler hinweisen. Diese beinhaltet nicht nur, dass sie das Schneesportlager behalten wollen, sondern auch dort kam ein Vorschlag, nämlich das erste Lager zu streichen. So ein Vorschlag lässt der Antrag natürlich nicht mehr offen. Das andere Fragezeichen, das ich habe ist, wenn man die Lagerdauer, wie vorgeschlagen um einen Tag kürzt, müssten dadurch auch die Elternbeiträge um diesen Tag prozentual reduziert werden. Wenn die Elternbeiträge gleichbleiben, die Schneesportlager sind halt einfach eher der Ober- und Mittelschicht zugeordnet, dann ist das eine versteckte Umwälzung. Mir ist es ein grosses Anliegen, dass man bei der Ausarbeitung dieser Pläne ein Augenmerk darauf hat.

Ursula Haag, Präsidentin Finanzkommission: Ich möchte gerne wissen, wo die grosse Hürde ist, um die Lager unter J+S zu machen. Denn dadurch kann sehr viel Geld hereingeholt werden, ich kenne das vom Damenturnverein. Zu meiner Zeit, liefen die Lager immer unter J+S.

Andreas Baumgartner: Ich möchte dazu gerne eine Antwort geben. Bei uns werden die Schneesportlager zum grössten Teil auch als J+S angeboten. Es sind immer drei dieser fünf Lager, die J+S sind, ein Lager ist zeitweise J+S und ein Lager ist eigentlich nie J+S. Aber ich denke, dass man das nochmals prüfen wird. Dabei handelt es sich bei einem Lager von ca. 50 Personen um einen Betrag im Bereich von CHF 500 pro Lager, den wir von J+S erhalten.

Markus Renggli: Im Budget 2019 wurden CHF 6'000 für die Einnahmen des Bundes budgetiert.

Lukas Füglistler: Ich danke den Worten von Christoph Alder, denn ich habe mir hier grundsätzlich überlegt, ob wir nicht eintreten sollen. Ich finde die Vorlage wirklich schwach. Die disziplinarischen Probleme wurden vorhin bei der Fraktion bereits diskutiert. Der Gemeindeammann und der Gemeindeschreiber haben ihre Unterschrift gegeben, aus irgendeinem Grund hat man dazu ja gesagt, dass das so abgedruckt wird. Das gibt meiner Meinung nach einfach ein falsches Bild. Auch ich habe mein Kreuzband im letzten Skilager verletzt, aber es war immer interessant und schön. Christoph Alder hat es gesagt, es ist einfach uns den Schwarzen Peter zuzuschieben und ich bin der Meinung, dass ich mir das nicht antun und den Antrag der CVP unterstützen werde. Ich bin auch für das Sparen, in unserer Partei geht es nicht immer nur ums Sparen. Dort wo das Geld sinnvoll eingesetzt wird, ist es auch sinnvoll und dort soll man es auch brauchen, aber uns in diesem Fall den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist definitiv der falsche Weg.

Marcel Müller: Es wurde bereits von allen Parteien gesagt, eine solche Vorlage darf in Zukunft nicht mehr in den Rat kommen. Es wurde ein riesiger Sturm ausgelöst, man hört vom Fernsehen, von der Zeitung wir wurden mit dieser Vorlage glaube ich, bereits in der halben Schweiz bekannt. Wir müssen jetzt nicht vor lauter Sparen den Kopf verlieren, ich rede jetzt auch vom Gemeinderat. Man kann sagen, dass wir jetzt alles durchforscht haben, auch das Skilager, wir haben Sparmassnahmen getroffen und alles geprüft und kann so in der Presse kommuniziert werden. Damit man im Volk sieht, dass etwas läuft. Aber eine solche Vorlage darf auf keinen Fall mehr in den Rat kommen. In dieser Vorlage stehen Dinge, die gar nicht stimmen, uns sagt die Schule, dass sie diese disziplinarischen Probleme so gar nicht haben. Wenn sich 45 Personen anmelden, und wir einer der wenigen Orte sind, die gefüllte Lager haben, dann ist es ein wenig seltsam, von einem geringen Nutzen zu sprechen. Diese Vorlage kommt so in die Presse, und es stimmt nicht, was darinsteht. Ich glaube, dass ist die schlechteste Vorlage in den letzten zehn Jahren, in denen ich im Rat bin.

Es ist an der Zeit, dass irgendjemand im Gemeinderat die Führung übernimmt, auch wenn es nicht mehr lange dauert, aber irgendjemand muss die Führung jetzt übernehmen. Wir haben erfahrene Leute im Gemeinderat, der Gemeindeschreiber ist erfahren, so etwas darf nicht in den Rat kommen. Die ganze Diskussion in der Presse inkl. Fernsehen hätten wir uns ersparen können, denn als Gemeinde sehen wir jetzt etwas schlecht aus. Aber wenn gespart wird, und wir nach draussen gehen und sagen können, dass wir bei den Lager Optimierungen gemacht haben, mit so etwas könnt ihr kommen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wenn man den Antrag richtig liest, dann sieht man, dass wir heute eigentlich eine vorgezogene Budgetdiskussion haben. Die Argumente, weshalb das nötig ist, stehen auch im Antrag und zwar in den Erwägungen. Es geht darum, die Planungssicherheit zu erhalten, dafür benötigt man praktisch ein Jahr im Voraus den Entscheid des Einwohnerrates. Es geht darum, dass man die Lagerhäuser reservieren kann. Der Gemeinderat will den Schwarzen Peter nicht dem Einwohnerrat delegieren, sondern der Gemeinderat hat entschieden, dass wir, aufgrund des Vorschlags der Schule, auf das Lager verzichten wollen. Seit 2014, das wissen alle, steht unsere Finanzlage eher schlecht da. Wir mussten seit Jahren Sparmassnahmen treffen und uns vom Einwohnerrat, namentlich auch von dir Marcel Müller einiges anhören. Jetzt, wenn es einmal um eine Entscheidung geht, bei der der Gemeinderat ein Sparpotenzial sieht, wird der Schwarze Peter hervorgeholt. Es geht überhaupt nicht darum, dass der Einwohnerrat den Schwarzen Peter übernehmen muss, sondern es geht darum, dass wir diese Frage nicht erst in der Budgetdiskussion stellen können. Wir möchten heute wissen, ob es aus Sicht der Bevölkerung bzw. des Einwohnerrates, der die Bevölkerung vertritt, richtig ist oder nicht. Deshalb ist es nicht falsch, wenn der Gemeinderat dem Einwohnerrat diese Frage stellt.

Micha Jetzer: Wir haben jetzt mittlerweile eine vorgezogene Budgetdebatte. Es wurde eingangs bereits gesagt, ich brauche jetzt aber eure Mithilfe, denn ich bin mir nicht ganz sicher, wie dieses Konto heisst. Ich wäre dafür, dass man das Konto entlastet oder den Betrag ganz streicht, zugunsten dieses Schneesportlagers. Es geht um das Konto, über das der Gemeinderat entscheiden darf, und zwar um die Gelder, die für Hilfseinsätze oder ins Ausland bezahlt

werden. Dieses Geld soll für unsere Schüler somit für unsere Gemeinde eingesetzt werden. Ich habe eigentlich einen Antrag vorbereitet, aber mir fehlen die Namen für das Ganze, vielleicht kann mir Peter Marten dabei etwas helfen. Ich würde meinen Antrag dann an den Antrag der CVP anhängen.

Christian Keller: Ich weiss nicht wer dir helfen kann, den Begriff, der dir fehlt zu finden.

Lukas Füglistner: Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass es um folgendes geht. Wir konnten vor einer Woche in der Rundschau lesen, dass der Gemeinderat entschieden hat, für verschiedene Hilfsorganisationen, die vorwiegend im Ausland tätig sind, Gelder im Rahmen von CHF 15'000 zu sprechen. Mir persönlich ist es auch sauer aufgestossen.

Peter Marten: Mein eigentliches Votum kommt später. Ich bin mir nicht sicher, ob es ein Ordnungsantrag ist oder wie ich dem sagen soll. Was Micha Jetzer will, ist ein Budgetantrag, und wir stimmen heute nicht über das Budget ab. Micha ich sehe den Punkt, aber den müsste man eigentlich im Herbst, in der Budgetdebatte bringen. Jetzt ist es eine Absichtserklärung, damit es der Gemeinderat aufnehmen kann, aber heute stimmen wir nicht über das Budget ab.

Micha Jetzer: Es geht um die beiden Konten Hilfsaktionen im Inland und im Ausland. Für das Inland sind CHF 5'000 und für das Ausland CHF 10'000 budgetiert.

Daniel Jenni: Dieter, das was du gesagt hast, finde ich falsch, denn es sind zwei verschiedene Dinge. Das eine ist ein operativer Entscheid der Schule, dazu müssen wir eigentlich nichts sagen, und die Schule kann selbst entscheiden ob sie ein Schneesportlager in der 9. Klasse machen wollen oder nicht, und das andere ist die Budgetdiskussion. Das sind zwei verschiedene Dinge, bei denen ihr nun versucht, uns einzubinden. Eigentlich bekommen wir den Schwarzen Peter, wir im Einwohnerrat müssen das eigentlich nicht entscheiden, das ist eine Vermischung von zwei Dingen.

Christoph Alder: Ich weiss nicht, ob ich es vorher nicht genau genug gesagt habe. Die Schule, mit der Schulpflege hat eine eigene Verwaltungskompetenz, dieses Geschäft ist operativ. Die Schulpflege gibt uns via Gemeinderat ein Budget ab und wir im Einwohnerrat entscheiden dann über das Budget. Wenn ich Schulleiter wäre oder so, dann würde ich verstehen, weshalb der Antrag jetzt in den Einwohnerrat kommt. Ich habe es bereits vorher erklärt, dass wir uns die CHF 1'000 oder CHF 1'500, wenn erst im September entschieden wird, dass das Lager gestrichen wird, ans Bein streichen müssten, damit müssen wir dann halt leben. Es ist jetzt zum heutigen Zeitpunkt hier im Rat falsch.

Natürlich könnte man das jetzt vermischen. Ich stelle bei meiner Arbeit und auch als Politiker das Kind ins Zentrum. Genau im gleichen Bildungsbudget sind CHF 9'000 für das Jahresschlusessen für die Lehrer eingestellt. Nun könnte ich doch sagen, dass wir das Schneesportlager behalten und dafür streichen wir das Jahresschlusessen. Aber das liegt doch nicht in meiner Kompetenz, soll die Schule doch selbst darüber entscheiden. Noch etwas zu Ratio 2020, es ist richtig, dass im September 2018 erwähnt wurde, dass eine Kerngruppe eingesetzt wird. Es ist auch inhaltlich absolut richtig, dass solche Vorschläge kommen. Ich habe im September 2018 in der Budgetsitzung gesagt und versprochen, dass die SP sich dem Prozess nicht verschliessen wird. Ich möchte aber jetzt noch zwei oder drei Dinge dazu sagen.

Erstens, diese Arbeitsgruppe ist eindeutig viel zu klein, drei Personen ist massiv zu wenig, ich erwarte, dass die Arbeitsgruppe mit Personen aus dem Einwohnerrat erweitert wird. Es hat keine Einwohnerräte in dieser Arbeitsgruppe, Nico Lalli vertritt die Finanzkommission. Ich habe die Erwartung, dass mindestens ein bis zwei Einwohnerräte in dieser Arbeitsgruppe tätig sind. Inhaltlich habe ich mit Ratio 2020 überhaupt kein Problem. Anscheinend sind momentan 21 Anträge am herumgeistern, und ich habe keine Lust nun jedes Mal während Stunden darüber zu diskutieren. Ich schlage vor, die Anträge verwaltungsintern sauber auszuarbeiten, diskutiert im Gemeinderat das was in eurer Kompetenz ist, und alle anderen Sparanträge bringt ihr im Juni

2019 vorgängig vor der eigentlichen Budgetsitzung im September 2019. Dann sehen wir über alle neun Abteilungen hinweg, wo was gespart werden soll. Jetzt wissen wir nur das Schneesportlager, vielleicht kommt noch etwas, vielleicht aber auch nicht. Ich möchte alle Anträge auf einmal sehen und danach haben wir eine saubere Auslegeordnung und wir wissen wo ihr den Hebel ansetzen wollt.

Peter Marten: Nicht nur wegen meines Vornamens, sondern auch als ehemaliger Präsident der Finanzkommission bin ich es mir gewohnt, den Schwarzen Peter zu erhalten. Ich finde, wir Einwohnerräte machen es uns, und ich bin doch auch einer der den Gemeinderat ab und zu kritisiert, doch etwas einfach, wenn wir dem Gemeinderat sagen, dass er uns den Schwarzen Peter nicht zuschieben soll. Den haben wir so oder so. Wir stimmen im Herbst über das Budget ab, wenn es der Gemeinderat und die Schule vorher herausstreichen und wir es nicht merken und im Herbst über das Budget abstimmen, dann treffen wir die Entscheidung sowieso. Das hat nichts mit dem Schwarzen Peter zu tun, sondern es ist einfach ein Entscheid, der kann rational oder irrational sein, das ist mir dann eigentlich egal. Aber es ist ein Entscheid, den wir als Einwohnerrat fällen werden. Deshalb können wir diesen Punkt nun aus der Diskussion herausnehmen.

Die CVP will in ihrem Antrag keinen konkreten Betrag festlegen. Können wir diesen nun nicht doch formulieren, und ihn auf CHF 10'000 oder Minimum CHF 8'000 festsetzen. Theoretisch könne es auch so sein, dass die Schule sagt, sie haben es angeschaut und konnten CHF 200 einsparen.

Markus Renggli: Das ist das gleiche, wie wenn wir über einen Baukredit abstimmen, ein Budget haben und am Schluss sind es +/- 10 % oder 15 %. Schlussendlich muss noch die Diskussion zwischen der Schulpflege und der Schulleitung stattfinden. Dabei sollte der Schwerpunkt festgelegt werden, ob die Lagerdauer 5 Tage beträgt oder selbst gekocht wird usw. Die Schule muss einfach selber prüfen wie sie die CHF 10'000 oder 15'000 einsparen und trotzdem garantieren können, dass das Lager für alle Schüler ermöglicht werden kann.

Da habe ich vertrauen, schlussendlich gibt es ja eine Abrechnung. Es wird jedes Jahr im Budget kommen und wenn man sieht, dass das unter- oder überschritten wird, dann kann das wieder neu beurteilt werden. Beim Antrag des Gemeinderates handelt es sich auch um eine ca. Schätzung, es wurde auch keine klare Zahl definiert.

Christian Keller: Danke, für deine Präzisierung Markus Renggli, ich finde es auch in Ordnung, dass du das sofort beantworten konntest, aber ich wäre dir dankbar, wenn du aufstehen würdest.

Peter Marten: Für dich noch Marcel Müller, ich habe wirklich schon schlechtere Vorlagen gesehen.

Andreas Baumgartner: Es ist nicht möglich, jedes Lager genau zu beziffern, denn jedes Lager beinhaltet auch viel Variables. Es kommt darauf an, ob ich mit 45 Personen oder mehr nach Davos ins Lager gehe. Dieses Jahr mussten wir sogar eine Zusatzunterkunft daneben mieten, weil wir insgesamt über 60 Personen sind. Dadurch verändern sich natürlich die Kosten.

Carol Demarmels: Ich möchte nochmals auf meine Frage zurückkommen, ich habe noch keine Antwort darauf erhalten. Was ist die Überlegung dabei, dass in eurem Antrag fünf Lager fixiert sind, dadurch nimmt man der Schule wieder eine Möglichkeit andere Varianten zu wählen. Was ist die Überlegung dahinter, dass man diese Variable fixiert und nicht offen lässt.

Andreas Baumgartner: Für mich steht der Wert dieser Schneesportlager im Vordergrund. Das ist einmalig und ich persönlich finde es schade, wenn man dieses Lager dicht machen würde. In erster Priorität ist es sinnvoll, dass man prüft, wo man einsparen kann. Eine Möglichkeit, die mir spontan in den Sinn kommt ist, dass man das Lager um einen Lagertag kürzt. Diese Kosten

müssten dann halt sinnvoll überwältigt werden, aber nicht auf die Eltern, da bin ich gleicher Meinung. Vielleicht gibt es auch andere Einsparmöglichkeiten.

Carol Demarmels: Ich verstehe natürlich was du sagst, das ist natürlich dein Anliegen. Aber du bist ja dann bei diesen Entscheidungen dabei, und dein Anliegen ist es, diese fünf Lager beizubehalten. Es sind aber auch noch andere Lagerverantwortliche dabei, es sind auch noch andere Personen involviert, die vielleicht zum Entscheid kommen. Vielleicht sind es am Schluss nur noch vier Tage, dafür werden alle fünf Lager beibehalten oder eine Mehrheit kommt dann doch zum Entschluss, dass es sieben Tage dauert und dafür sind es nur noch vier Lager. Diese Entscheidung liegt dann wieder bei der Schule. Ich persönlich würde es schätzen, wenn der Schule, der Schulleitung und der Schulpflege, unter Einbezug der Lehrer alle Möglichkeiten offen stehen, um eine Entscheidung zu fällen.

Eugen Frunz: Wenn du sagst, dass sie nur noch vier Lager machen sollen, dann stehen wir wieder am selben Punkt, denn dann betrifft es einfach eine andere Klasse. Dann diskutieren wir unter dem Strich wieder über das gleiche, es betrifft dann vielleicht die 5. Klasse oder die 3. Klasse, aber schlussendlich ist es das gleiche. Ich finde es in Ordnung, so wie es geschrieben ist, die Schule soll prüfen wo sie CHF 10'000 einsparen können, dann ist das Ziel erreicht und alle können ins Skilager.

Stefan Semela: Wenn man das etwas genauer betrachtet, sieht man, dass der Gemeinderat die Streichung des Lagers für die Abschlussklassen beantragt. Die CVP lehnt das mit ihrem Antrag ab und darüber können wir abstimmen. Genauso wie operativ die ganzen Fragen sind, wir können doch so einen Antrag, für den Gemeinderat nicht verbindlich formulieren. Das ist ihr operatives Ziel und wir können ihnen nur mit auf den Weg geben, dass sie CHF 10'000 einsparen sollen. Ein solcher Antrag ist für den Gemeinderat überhaupt nicht verbindlich, und ich würde beliebt machen, dass man den Antrag einfach ablehnt. Was der Gemeinderat für eine Aufgabe hat, hast du mit diesem Antrag formuliert. Wenn man das Geschäftsreglement des Einwohnerrates durchliest, sieht man, dass wir keine Anträge mit fünf Zielen, die rein operativ sind, formulieren können. Das geht meines Erachtens einfach nicht. Der Wille des Rates, dass man versucht in diesem Bereich zu sparen, der ist formuliert. Auch wenn wir heute eine Zahl definieren, wir führen heute keine Budgetdebatte.

Markus Renggli: Wenn ich wüsste, dass der Antrag definitiv abgelehnt wird, dann würde ich unseren Antrag selbstverständlich sofort zurückziehen. Aber das weiss ich ja nicht, und wenn dieser Antrag angenommen würde, dann ist das Lager gestrichen.

Stefan Semela: Ich bin der Ansicht, dass wir über diesen Antrag nicht abstimmen können. Aber vielleicht sollten hier der Herr Präsident und der Gemeindeschreiber kurz die Köpfe zusammensetzen strecken. Zudem würde ich beliebt machen, dass wir jetzt etwas vorwärts machen.

Christian Keller: Wir entscheiden jetzt, ob wir diesen Antrag zulassen, und danach werden wir darüber abstimmen.

Das Ratsbüro hat entschieden, dass über den Antrag, da er keinen konkreten Betrag enthält und somit nicht verbindlich ist, nicht abgestimmt werden kann.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

**Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:
Das Schneesportlager der Abschlussklasse wird ab dem Jahr 2020 nicht mehr durchgeführt.**

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

5 2019.05 Verpflichtungskredit von CHF 133'000 inkl. MwSt. für den Ersatz der defekten, mobilen Trennwände

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Gemeinde hat 1993 die alte Turnhalle zu einem Gemeindesaal umgebaut. Damit eine flexible Nutzung des Gemeindesaals mit Foyer 1 und 2 möglich wurde, hat die Gemeinde damals über Trennwände entschieden. Der Gemeindesaal wird genutzt für Schulturnen, Judo, Turnervorstellung, Dorftheater, Musikgesellschaft, Vereinsversammlungen, Sitzungen, Projektjurierungen, Seniorenessen, Fasnacht, Freiwilligenanlass, 1. August Feier, Fest der Nationen, Informationsveranstaltungen für den Einwohnerrat und die Bevölkerung, Mitarbeiterinformationen, Gewerbeapéro sowie private Veranstaltungen.

Beim vorliegenden Antrag geht es primär um eine Risikobehhebung. Die heutige Situation ist gefährlich, weil sich die Wände nicht mehr fixieren lassen. Sie hängen nur noch und sind unten 3 bis 5 cm vom Boden weg, weil man sie nicht mehr mit Gegendruck fixieren kann. Das birgt eine gewisse Gefahr, wenn die Trennwände schwingen können, kann man sich schwerer verletzen und deshalb müssen diese umgehend ersetzt bzw. repariert werden. Gleichzeitig geht es um den Werterhalt der bestehenden Gemeindeinfrastruktur, nach dem wir seit 2015 CHF 13'000 für Reparaturen und Unterhaltsarbeiten für die Trennwände investiert haben, wuchs die Erkenntnis, dass sämtliche Druckluftschläuche nach über 25 Betriebsjahren spröde sind und deshalb die pneumatische Verriegelung nicht mehr funktioniert. Wie es bei Anträgen, die wir dem Einwohnerrat vorlegen, üblich ist, hat die Verwaltung als Grundlage eine Richtofferte eingeholt. Nach der Kreditbewilligung werden weitere Offerten eingeholt.

Ich möchte noch auf Fragen eingehen. Die Herstellerfirma hat die Instandstellung dieser Trennwände durchgerechnet, die Kosten für den Austausch der Technik, wir wollen ja einen mechanischen Ersatz haben, und der mechanische Ersatz benötigt möglicherweise andere Gänge als die bisherigen Schläuche. Die Reparatur mit den vorhandenen Wänden würde einiges höher kommen, als neue Trennwände. Deshalb hat der Lieferant auch davon abgesehen uns überhaupt ein solches Angebot dafür zu machen. Wir wurden aber darüber informiert, und haben es im Antrag geschrieben.

Ich habe noch die Frage erhalten, weshalb die Trennwände im UG, dort haben wir einen relativ grossen Raum, der ebenfalls mit zwei Trennwänden in drei Räume aufgeteilt werden kann, nicht auch ersetzt werden. Verschiedene Überlegungen haben zum Schluss geführt, dass wir dort nichts machen wollen. Die Räume im UG wurden bis jetzt, vor allem mit geschlossenen Trennwänden sehr wenig vermietet. Diese Trennwände sind tiefer als die im Gemeindesaal und können, falls sie in ihrer Funktion als Trennwände gebraucht würden, mit wenig Aufwand mit Keilen gesichert und so problemlos eingesetzt werden. Die geringe Anzahl der Vermietungen und der geringe Aufwand beim Einsatz der Trennwände rechtfertigt die Kosten von rund CHF 40'000 nicht, und deshalb hat der Gemeinderat darauf verzichtet, diese zu ersetzen.

Werte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte ich bitte sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen, damit wir unsere Infrastruktur wieder normal nutzen können.

Christian Keller: In der Zwischenzeit ist auch André Kummer eingetroffen, somit sind jetzt 36 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

Erich Schmid: Wir haben in der Fraktion eigentlich nicht lange diskutiert, es geht um eine Sicherheitsfrage und von dem her ist es für uns eigentlich klar, dass man hier etwas machen muss. Wir haben uns einfach gefragt, ob die Abnutzung dieser Trennwände wirklich so schlimm ist, dass man diese nicht weiterverwenden kann. Wir haben den Vergleich vermisst, wenn man einfach nur die pneumatische Installation ersetzen würde. Es wurde geschrieben,

dass die Wände heruntergenommen, die Schläuche ersetzt und die Wände wieder hinaufgehängt werden müssten. Aber das Hinunternehmen und wieder Aufhängen ist so oder so vorhanden, ob mit neuen oder alten Elementen. Wir haben hier ganz klar einen Kostenvergleich mit einem Ersatz der Pneumatik vermisst. Die Überlegung ist, dass wenn man die Pneumatik zum Beispiel für CHF 50'000 ersetzen würde, und man die Trennwände nochmals 15 Jahre benutzen könnte, dann kommt es unter dem Strich wesentlich günstiger, als jetzt CHF 133'000 für eine mechanische Trennwand zu investieren. Es ist klar, dass wenn der Ersatz der Schläuche CHF 120'000 kostet, sich das nicht lohnt. Wir werden diesem Antrag sicher zustimmen.

Eugen Frunz: Die Gemeinde Obersiggenthal muss sparen, das ist uns allen schon länger bekannt. Die Gemeinde Obersiggenthal muss gleichzeitig mehr Einnahmen generieren, das verlangen wir im Einwohnerrat immer wieder. Eine mögliche Einnahmequelle ist unser Gemeindegemeinschaftssaal, dieser wird vermietet und der Mieter erwartet eine gut funktionierende Infrastruktur. Ich kann jetzt etwas aus dem Nähkästchen plaudern. Anlässlich der Turnervorstellung im Oktober 2018 habe ich im Auftrag der Feuerwehr Brandwache geleistet. Wir müssen dabei jeweils auch die Sicherheitseinrichtungen kontrollieren und uns sind dabei einige Mängel aufgefallen. So funktionieren diverse Notausgangbeleuchtungen nicht, ein Notausgang ist bei geschlossenen Storen nicht nutzbar. Auch als Turner, habe ich die in der Vorlage erwähnten Mängel an den Trennwänden miterlebt. Die Lüftung funktioniert unter anderem nicht, und wie bereits gesagt, sind auch die Trennwände im Mehrzweckraum im UG in keinem betriebs-sicheren Zustand. Wie Eingangs erwähnt, vermietet die Gemeinde diesen Saal und die Mieter erwarten eine funktionierende Infrastruktur, aber in diesem Fall ist das definitiv nicht gegeben.

Wenn man immer am Gebäudeunterhalt spart, erhält man irgendeinmal die Quittung, das Gleiche gilt übrigens auch für den Strassenunterhalt. Nun haben wir hier eine Vorlage, für einen Kredit zum Austausch dieser Trennwände im Foyer und der Turnhalle. Für diese Reparatur wurde genau eine Offerte eingeholt, und aufgrund dieser Offerte wurde diese Vorlage erstellt. Diese Offerte ist datiert auf Ende Juni 2018, in den vergangenen sechs Monaten hat man es nicht fertiggebracht, andere Anbieter zur Offertstellung einzuladen. Die eventuell sogar das vorhandene Schienensystem übernehmen könnten, das wurde nicht abgeklärt. Ich erwarte, dass bei Reparaturen und Beschaffungen in diesem grossen Umfang mehr als nur eine Offerte eingeholt wird. Dass die Trennwände im Mehrzweckraum nicht gleichzeitig repariert oder erneuert werden, oder zumindest ein Angebot dafür eingeholt wird, macht in unseren Augen wenig Sinn. Dieser Raum wird auch vermietet, wenn das ganze Gebäude vermietet wird. Über die Qualität der Abklärung der Kosten lässt sich ebenfalls streiten. Vom Unternehmer wurden folgende Arbeiten offeriert, Massaufnahme, Lieferung frei Baustelle dieser Elemente und die Montage zu einem Preis von rund CHF 133'000, genau der Betrag, der in der Vorlage steht. Gemäss Offerte sind Maurer, Spitzarbeiten, Malerarbeiten, Abschluss und Dichtungsfugen bauseits in diesem Betrag nicht eingerechnet. Die Kosten der Demontage dieser Wände und die Entsorgung wurde ebenfalls nicht eingerechnet. Der offerierte Betrag wurde 1:1 in diese Vorlage übernommen, somit ist für uns die Kreditüberschreitung bereits programmiert.

In der Offerte wird ausgeführt, dass sich die Reparatur der Wände nicht lohnt, weil der Aufwand zu gross ist. Aber was heisst das in Zahlen? Das ist das, was Erich vorher auch gesagt hat. Ist der Aufwand für den Unternehmer zu gross oder wird es zu teuer? Was kostet das? Wer hat die Beurteilung gemacht, wenn keine Zahlen vorliegen? Für mich ist diese Vorlage sehr mangelhaft, da bereits jetzt klar ist, dass eine Kostenüberschreitung stattfinden wird. Deshalb stellen wir den Antrag auf Rückweisung. Die Arbeiten sind auf Juli 2019 geplant, so hat der Gemeinderat die Möglichkeit, uns an der Sitzung im März 2019 eine überarbeitete Vorlage zu unterbreiten. In der sich die Kosten auf eine Konkurrenzofferte abstützen, in der die Demontage, die Entsorgung und die Anpassungsarbeiten eingerechnet sind. Eine Ausführung im Juli 2019 oder spätestens im Herbst 2019 ist immer noch machbar. Ausserdem soll geprüft werden, was die Reparatur der Trennwände im Keller kostet. Bei einer gleichzeitigen Vergabe kann unter Umständen Geld gespart werden. Wir wollen nicht, dass unsere Immobilien in der Gemeinde verfallen, denn wir müssen sie auch unterhalten. Aber es soll richtig und gut koordiniert werden, denn sonst kosten die Reparaturen am Schluss mehr als nötig.

Christian Keller: Wir haben nun einen Rückweisungsantrag, über den wir sofort abstimmen müssen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist nicht möglich, die Vorlage im März 2019 zu bringen, weil sie 21. Januar 2019 für die Auflage fertig gestellt sein muss.

Stefan Semela: Wir haben den Bericht und den Antrag des Gemeinderates kritisch diskutiert und geprüft. Es sind diverse Fragen aufgetaucht, die aber jetzt bereits grossmehrheitlich beantwortet sind. Insbesondere hat es uns auch gestört, dass bezüglich der Sanierungskosten pauschal gesagt wird, dass mit teurem Aufwand zu rechnen ist. Es wurde keine Zahl genannt und in welchem Verhältnis, dass das im Vergleich zu diesen beantragten CHF 133'000 steht. Natürlich kann man Angebotsrunden machen, natürlich kann man weitere Offerten, im Nachgang, wenn man die CHF 133'000 bewilligt hat, einholen. Aber der Unternehmer weiss ja, welcher Betrag gesprochen wurde und ich denke, die Motivation um eine viel tiefere Offerte einzureichen, ist dadurch nicht vorhanden. Es wären drei Telefonate und drei Besichtigungen mit irgendwelchen Anbietern und man wüsste, ob es kompatible Systeme mit den bestehenden Aufhängeanlagen gibt. Ich, als Gemeinderat würde mich darum bemühen, statt immer wieder vom Einwohnerrat die Kritik anhören zu müssen, weshalb nicht schon vorher Offerten eingeholt wurden.

Marco Erni: Wir können uns grundsätzlich dem Votum von Eugen Frunz anschliessen. Die Kosten beinhalten sicher nur die Trennwände und es fehlen viele andere Kosten. Wenn man diesem Antrag zustimmt, muss man klar festhalten, dass das nur für die Trennwände ist und nicht für die zusätzlichen Arbeiten. Mir wäre es auch lieber, wenn man den Antrag ablehnen und man dann die Gesamtkostenübersicht im Einwohnerrat sehen würde. Somit sollte man die Rückweisung annehmen.

Urs Müller: Wir haben das diskutiert, und sind aus zwei Gründen für die Rückweisung. Es ist nicht einzusehen, weshalb wir jetzt einen Kredit besprechen, und erst danach eventuell kostengünstigere Varianten suchen. Wir finden es einen ökologischer Blödsinn, dass man solche Wände jetzt schreddert und nicht repariert.

Erich Schmid: Ich habe nicht entdeckt, dass die Kostenzusammenstellung unvollständig ist. Ich hätte einfach gerne eine Stellungnahme des Gemeinderates, bevor wir über die Rückweisung abstimmen werden. Ich möchte gerne wissen, ob das wirklich so ist, dass diese Leistungen nicht eingerechnet sind und bereits zum Vornherein klar ist, dass eine Kreditüberschreitung zu erwarten ist.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das Abhängen der Wände können wir mit unserem Bau- dienst und den Hauswarten machen, das ist eine einmalige Aktion, die möglich ist. Wenn es Maurerarbeiten geben sollte, was eigentlich nicht geplant ist, dann müssen wir sehen, das kann ich nicht beantworten. Das Vorgehen ist üblicherweise so, dass wir Offerten bei Herstellern einholen, das ist auch bei den Strassen etc. so. Was jetzt dumm wäre, wenn der Hersteller ein proprietäres System hätte, die die anderen überhaupt nicht nutzen könnten. Ich kann mir das zwar nicht vorstellen, aber das ist ein gewisses Risiko, deshalb habe ich auch gesagt, dass noch eine Angebotsrunde fehlt.

Wir könnten natürlich in der Verwaltung noch einen riesigen Aufwand betreiben, aber das Vorgehen ist so eigentlich normal.

Christian Keller: Kann man die Wände so fixieren, dass man sie gefahrenlos nutzen kann, wenn der Zeitpunkt der Reparatur hinausgeschoben wird.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das werden wir wohl oder übel machen müssen, denn wir wollen ja kein Risiko eingehen.

Erich Schmid: Es geht um die Rückweisung selbst. Ich persönlich bin für die Rückweisung, weil wir keine Varianten haben. Die Begründung des Gemeinderates, betreffend der Kosten, die man nicht eingerechnet hat, ist für mich schlüssig. Wenn der Baudienst die Arbeiten macht, braucht es allenfalls Geräte. Was man zu den Erläuterungen des Gemeinderates sagen kann, es ist so, wir haben viele Kredite hier, ohne Offerte. Bei allen Baukrediten hat man im Normalfall keine scharfe Offerte. Wenn man sich die Planungsabfolge, die man nach SIA hat, ansieht, dann ist die Kreditsprechung eigentlich vor der Ausschreibung. Ich persönlich hole im Geschäft auch vielfach Angebote vor der Kreditsprechung ein, aber das ist eigentlich nicht der normale Ablauf, das muss von Fall zu Fall entschieden werden. Da gebe ich dem Gemeindeammann Recht.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Rückweisungsantrag der SVP: Der Verpflichtungskredit über CHF 133'000 für den Ersatz der defekten, mobilen Trennwände soll zurückgewiesen werden.

Dem Rückweisungsantrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

6 2019.06 Abschluss Baurechtsvertrag Gässliacker, Zone OEB

Eintreten wird nicht bestritten
—

Dieter Martin, Gemeindeammann: Im November 2015 hat der Kanton die Gemeinden aufgefordert, die medizinische Grundversorgung zu fördern. Ebenfalls hat die Stiftung Gässliacker zu diesem Zeitpunkt bekannt gegeben, im Bereich des Gässliackers ein Ärztezentrum bauen zu wollen. Der Gemeinderat hat diese Bestrebungen von Anfang an unterstützt. Dem Gemeinderat bietet sich jetzt die Gelegenheit, einen wichtigen Schritt in Richtung Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung in Obersiggenthal zu machen. Nach 3-jähriger intensiver Suche, dass sich Ärzte für Obersiggenthal interessieren, beabsichtigt nun die Stiftung Gässliacker auf der in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen liegenden Parzellen im Gebiet Gässliacker zeitnah ein Ärztehaus zu bauen. Beide dafür in Frage kommenden Parzellen stehen im Eigentum der Einwohnergemeinde.

Der Gemeinderat möchte, gestützt auf dem in den Legislaturzielen 2018-2021 festgelegten Leitsatz, die medizinische Grundversorgung in Obersiggenthal gewährleisten. Er möchte der Stiftung Gässliacker Hand bieten und für die Erstellung eines Ärztehauses die benötigte Fläche im Baurecht zur Verfügung stellen. Da dem Gemeinderat die Hände finanziell weitgehend gebunden sind, konnten wir trotzdem mit einem interessanten Baurechtsangebot zu einer positiven Entwicklung der medizinischen Grundversorgung beitragen und damit auch einen Standortvorteil für Obersiggenthal realisieren. Der Gemeinderat konnte aus nächster Nähe, nämlich als Mitglied des Stiftungsrates Gässliacker mitverfolgen, wie schwierig es ist, Ärzte zu gewinnen. Da herrscht angeblich ein regelrechter Wettbewerb unter den Gemeinden. Das ist auch der Grund, weshalb der Gemeinderat mit einem guten Baurechtszins und insbesondere mit einer zeitlich begrenzten Anschubfinanzierung Hand bietet. Das kann als Wettbewerbsvorteil eine entscheidende Rolle spielen. Zudem ist der Gemeinderat auch davon überzeugt, damit die besagte Parzelle in einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. In weiteren Etappen sind Wohnungen für das Wohnen im Alter angedacht. In diesem Sinn bitte ich Sie, wertere Einwohnerinnen und Einwohnerräte dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Erich Schmid: Wir haben die Sache hier eigentlich nicht sehr lange diskutiert. Wir finden es sehr gut, dass hier etwas geht. Wir haben das auch in den Zielen der Amtsperiode, dass man bezüglich der Ärzteversorgung in Obersiggenthal Aktionen machen sollte. Es ist gut, dass man einen Platz gefunden hat, sich das AWZ in diesem Bereich engagiert und dass die Gemeinde auch mit der Verleihung des Baurechts Hand bietet. Für die Gemeinde selbst ist das wahrscheinlich die einzige Möglichkeit um eine solche Ärztezurückhol-Aktion aktiv zu unterstützen. Das Land dort unten steht schon lange brach, wir haben mit einer Pacht eine kleine Einkunft. Mit dem Baurechtsvertrag erhöht man die Einkünfte der Gemeinde und gibt dem AWZ die Möglichkeit Ärzte zu bringen. Für die Gemeinde ist es also eine Win-win-Situation, denn man hat Einnahmen, die man für mindestens die nächsten 35 Jahre generiert und man sorgt dafür, dass die Qualität in Obersiggenthal, bezüglich der medizinischen Versorgung verbessert wird.

Wir haben eine kleine Anschubfinanzierung drin, ich denke, dass das dazu gehört. Am Anfang wird es finanziell sicher eine Belastung sein, deshalb fanden wir es gut, dass von Seiten der Gemeinde für die ersten paar Jahre ein Gleichheitszeichen gemacht wird. Wir werden dem Antrag so zustimmen.

Müller Marcel: Die SVP-Fraktion begrüsst ausdrücklich die Bestrebungen zum Bau und Betrieb eines Ärztehauses im Gebiet Gässliacker. Seit der Pensionierung von Dr. Wicki, vor bald zwei Jahren ist die wichtige ärztliche Grundversorgung in Obersiggenthal leider nicht mehr in genügender Art sichergestellt. Die SVP-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass im Baurechtsvertrag, erstens die Heimfallbestimmungen nach 35 Jahren geregelt sein müssen, wie das in jedem Baurechtsvertrag der Fall ist und zweitens, dass im Vertrag schriftlich festgelegt werden muss, dass Einwohner aus Obersiggenthal zuerst auf den Aufnahme- und Wartelisten geführt werden müssen. Die SVP-Fraktion beantragt dem Einwohnerrat auf eine Anschubfinanzierung von ungefähr CHF 8'000 pro Jahr für die ersten fünf Jahre zu verzichten. Die SVP begründet das damit, dass die Gemeinde Obersiggenthal eine äusserst attraktive Grundstückslage zu einem äusserst günstigen Baurechtszins zur Verfügung stellt. Das ist schon mal ein schöner Vorteil für die Betreiber des Ärztehauses, ist aber auch im Interesse der Gemeinde, das ist klar.

Ausserdem berechnet sich der zukünftige Zinssatz auf dem immer viel tieferen Referenzzinssatz, statt dem normalerweise angewandten und einiges höheren variablen Zinssatz. Das ist auch ein Vorteil. Aufgrund der robusten Nachfrage ist ferner davon auszugehen, dass diese Ärztehaus in kürzester Zeit voll ausgelastet sein dürfte. Wir erachten es als höchst problematisch, wenn mit öffentlichen Geldern Subventionen an recht gutverdienende Ärzte und Betreiber von Ärztehäusern verteilt werden. Es sollte nicht so sein, dass Ärzte nur nach Obersiggenthal kommen, weil sie eine Anschubfinanzierung erhalten, sondern weil sie hier ein gutes und lukratives Umfeld mit robuster medizinischer Nachfrage vorfinden.

Die SVP-Fraktion beantragt deshalb die Zustimmung zum Erstellen eines Baurechtsvertrages mit der Stiftung Gässliacker für den Bau eines Ärztezentrums ohne eine Anschubfinanzierung. Einwohner von Obersiggenthal sollen auf Aufnahme- und Wartelisten zuerst berücksichtigt werden.

Marco Erni: Wir von der SP-Fraktion sind der Meinung, dass das äusserst günstige Konditionen für die Stiftung Gässliacker sind und haben deshalb auch diskutiert, ob man vielleicht doch auch etwas weniger hätte entgegenkommen können. Wichtiger ist es uns aber vor allem, dass wenn man das Ärztehaus realisiert, es auf der Parzelle am richtigen Ort hinbaut. Denn wenn man die Parzellen weiter erschliessen will, sie auch noch nutzbar sind. Die SP-Fraktion hat sich auch als Legislaturziel gesetzt, dass die Gemeinde ein Ärztehaus aktiv fördern soll und entsprechend kamen wir auch einstimmig dazu, dass wir diesen Antrag unterstützen wollen.

Nadine Meier: Die FDP hat den Bericht und den Antrag des Gemeinderates zum Abschluss dieses Baurechtsvertrages mit grossem Interesse entgegengenommen und anlässlich der Fraktionssitzung ausgiebig besprochen. Wir finden die Erstellung eines Ärztehauses grundsätzlich eine gute Idee und stehen diesem Antrag positiv gegenüber. Die Situation im Siggenthal,

in Bezug auf Hausärzte ist sehr angespannt, ist es doch so gut wie unmöglich einen Arzt zu finden. Es muss darum gehandelt werden und die Erstellung eines Ärztehauses macht darum Sinn, damit die notwendige medizinische Grundversorgung in Obersiggenthal gewährleistet ist. Die FDP-Fraktion möchte aber auch auf den Punkt dieser Anschubfinanzierung zu sprechen kommen. Unserer Meinung nach ist der jährliche Baurechtzins bereits relativ tief, der Zinssatz für die Berechnung von Baurechtzinsen bewegt sich in der Praxis zwischen 1 % und 3 %. Der angewendete Zinssatz von 1,5 % ist so als sehr entgegenkommend zu bezeichnen. Wir sind der Meinung, dass eine Anschubfinanzierung nicht zwingend gewährt werden soll.

Christian Buser: Das mit dem Baurechtzins habe ich kurz nachgerechnet. Der theoretische Baurechtzins ohne Anschubfinanzierung beträgt CHF 551'250, also ein ordentlicher Betrag für ein Land, das heute nur ein kleiner landwirtschaftlicher Pachtzins einbringt. Wenn es so berechnet wird, wie wir es im Antrag haben, sind es CHF 511'875 bzw. die Anschubfinanzierung mit CHF 39'375 ist 7,14 %. 7 %, bei denen man sagen kann, man betreibt im gewissen Sinne Standortmarketing, damit es gelingt die medizinische Versorgung zu fördern, man schafft aber dadurch auch Arbeitsplätze. Wenn diese Dinge verschläft und später Massnahmen ergriffen werden müssen, und man allenfalls auch externe Unterstützung benötigt, dann glaube ich nicht, dass wir eine solche Unterstützung für CHF 39'375 erhalten.

Deshalb möchte ich schmackhaft machen, die Anschubfinanzierung so zu unterstützen.

Markus Renggli: So wie ich es verstehe, sind die Ärzte, die in diesem Ärztehaus arbeiten werden, selbständige Unternehmer. Das heisst, sie tragen das volle Risiko dieses Geschäfts. Es geht nicht darum, dass wir diese Ärzte subventionieren oder dass sie irgendeine Vergünstigung erhalten. Die, die günstigere Bedingungen erhält, ist nachher die Stiftung, die den Bau erstellt und die können ihre Kalkulation so machen, was für eine Miete sie von diesen Ärzten verlangen werden. Es geht keines Wegs darum, dass der Staat diese Ärzte finanziert. Sie arbeiten auf eigene Rechnung und bei den Fixkosten ist es so, dass der Betrag für die Ärzte eigentlich keine Rolle spielt. Für die Stiftung schon, denn wenn sie keine Ärzte findet, und das Ärztehaus weiterhin laufen muss, dann entstehen Kosten. Die Stiftung muss sich dann überlegen, wie sie die medizinische Versorgung sichern. Wir unterstützen somit die Stiftung und nicht den Arzt der im Ärztehaus arbeitet.

Der Arzt muss ganz normal mit dem Tarif kalkulieren, an diesem Tarif kann nicht geschraubt werden, es sind Grundversorger und keine Spezialisten. Der Tag hat so und so viel Stunden und die Stunde, die man abrechnen darf, ist definiert, somit gibt es keinen grossen Spielraum. Es sind andere Faktoren, die eine Rolle spielen, ob die Ärzte nach Obersiggenthal ins Gässliacker kommen oder nicht.

Daniel Jenni: Bei der Anschubfinanzierung handelt es sich, wie bereits Markus gesagt hat, um eine Anschubfinanzierung für die Stiftung für ein Gebäude bzw. ein Objekt, nicht für die Personen, die dort arbeiten werden. Die Stiftung sagt, dass sie jemanden haben, der dort arbeiten möchte, aber vielleicht springt der wieder ab, dann haben sie das volle Risiko. Ich möchte sehen, wer das sonst macht, einfach ins blaue hinaus Geld zahlt, ohne dass man weiss, ob es überhaupt läuft. Ich weiss, es gibt einige Kollegen, die einen Nachfolger suchen, und diese Praxen werden schliessen. Es hat eine Praxis in Untersiggenthal und eine in Würenlingen, die vielleicht nächstens schliessen werden, weil sie keine Nachfolger finden. Somit ist die Anschubfinanzierung gerechtfertigt.

Das zweite in deinem Antrag, die Einwohner von Obersiggenthal sollen berücksichtigt werden, das kann man nicht machen. Das ist die unternehmerische Freiheit des Arztes und die kann rein rechtlich nicht eingeschränkt werden.

Marcel Müller: Du bist mir jetzt zuvorgekommen. Wir werden das aus dem Antrag herausstreichen, Daniel Jenni.

Lukas Füglistler: Ich gebe den Ärzten Recht, wir haben hier ein paar, ich gehöre nicht zu diesen, deshalb kann ich auch über die finanzielle Seite definitiv nicht sprechen. Ich bin aber der Meinung, dass wenn der Gemeinderat eine solche Anschubfinanzierung gibt, dann müsste sichergestellt sein, dass diese den Ärzten auch weitergegeben wird. Diese Sicherheit haben wir auch nicht. Man spricht von CHF 7'875 pro Jahr, wenn da drei Ärzte kommen, dann geht es um CHF 1'500 bis 2'000 pro Arzt und Jahr. Wenn das für den Mietzins, der der Arzt im Ärztehaus bezahlen muss, relevant ist, bin ich mir nicht sicher, ob das wirklich matchentscheidend ist, ob ein Arzt kommt und nicht.

Wir haben den Standortvorteil, wir sind in der Nähe des Alters- und Wohnzentrum, man hat ein hohes Potenzial durch Klienten, wir sind mitten im Dorf von daher, liegen wir sicher gut.

Erich Schmid: Ich bitte, die beiden SVP Vertreter sich zu einigen, welches ihre Meinung ist. Der eine sagt, ja keine Subventionen an die Ärzte und der andere meint, dass sichergestellt werden muss, dass die Subventionen an die Ärzte gehen. Ihr wisst somit nicht, was eure gemeinsame Meinung ist. Von der SVP kam ebenfalls, dass der Referenzzinssatz nicht der variable Zinssatz ist, ich weiss nicht was bei den Baurechtsverträgen Usus ist, was wird dort normalerweise genommen? Mir fällt einfach auf, dass die Zinssätze momentan nicht so hoch sind, ich bin der Ansicht, dass ein Zinssatz von 1 ½ % nicht so tief ist. Die Regelung, in Bezug auf den Heimfall habe ich auch diskutiert, denn was ist in 35 Jahren, wenn das Gebäude steht und Regelungen gemacht werden müssen? Aber ich denke, das ist ein operativer Entscheid, das muss im Vertrag geregelt werden, aber das hat an und für sich nichts mit der Einwohnerratsvorlage zu tun. Ich nehme an, dass das einfach ein Hinweis darauf ist, dass man es jetzt regeln sollte und nicht erst in 35 Jahren.

Volkmar Hauelsen: Die Anschubfinanzierung hat nichts mit den Ärzten zu tun, es werden keine Ärzte angeschoben. Bei der Finanzierung geht es um die Stiftung Gässliacker, die das finanziert und da wird ihr eine Erleichterung ermöglicht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wie bereits gesagt, geht es darum, dass wir uns so einen Wettbewerbsvorteil erschaffen können. Man darf das vielleicht auch honorieren, dass die Stiftung Gässliacker die Initiative ergriffen hat, die medizinische Grundversorgung in Obersiggenthal sicherstellen zu wollen. Die Gemeinde kann das nicht von sich aus machen, das wissen wir alle. Ihr habt es vorher selbst gesagt, die CHF 7'000 sind nicht viel, das ist auch für die Gemeinde nicht viel, es ist aber eine Geste, in dem Sinn möchte ich doch darum bitten, das etwas wohlwollend anzusehen. Wir wollen ja etwas erreichen, wir wollen einen Standortvorteil erreichen. Wenn wir das mit diesen paar Franken erreichen können, bin ich der Meinung, dass sich das auf jeden Fall lohnt.

Walter Vega, Gemeinderat: Ich möchte nur kurz anfügen, dass man jetzt bereits seit über zwei Jahren Ärzte sucht, es ist nicht so, dass die Schlange stehen und wir die mit einem Car heranzufahren konnten. Jetzt hat man anscheinend jemanden an der Angel und ich glaube, wir müssen den Moment jetzt auch nutzen, denn es wäre schade, wenn wir jetzt wegen der Anschubfinanzierung die Chance verpassen. Es gibt andere Gemeinden, die dasselbe anbieten, dann sind die Ärzte weg. Es kamen schon Fragen aus dem Einwohnerrat, was wir mit der Gesundheit machen werden, und jetzt läuft etwas, ich finde es ist wichtig, dass wir jetzt daran bleiben.

Peter Martin: Ich habe trotzdem noch zwei, drei Bemerkungen. Das mit der Heimfallentschädigung ist absoluter Standard, denn sonst kann dieser Vertrag gar nicht gemacht werden. Ich habe noch etwas recherchiert, da gibt es verschiedene Modelle, ich habe auch verstanden, weshalb sie juristischen Beistand haben, der sie entsprechend berät. Auch dafür wie man den Baurechtszins berechnet, gibt es verschiedene Modelle. Wie man das hier gewählt hat, ist nicht neben der Welt, sondern es ist wie es ist, somit kann man nichts dagegen sagen. Wir tun uns einfach mit der Anschubfinanzierung etwas schwer, das ist unser Hauptpunkt, und wir wissen nicht, ob man das machen sollte oder nicht.

Lukas Füglistler: Ich persönlich bin nicht dagegen, dass es ein solches Ärztehaus geben wird. Ich habe meinen Hausarzt auch nicht in der Gemeinde, ich muss auch nach Baden rennen. Wir haben einen Ärztemangel, und man hat gesucht, das ist ja auch schön, dass auch die Gemeinde Hand bietet, dass man auf dieser Zone etwas hinstellen kann. Es geht einzig und allein um die Anschubfinanzierung in dieser Grösse. Ich gebe dir Recht Dieter Martin, es ist nicht viel, aber auch Kleinvieh gibt Mist.

Stefan Semela: Es ist sicher nicht so, dass die Anschubfinanzierung ein Deal-Killer ist. Die Ärzte unter uns wissen ganz genau, dass es ganz andere Faktoren sind, die entscheidend sind, ob das Ärztehaus kommt oder nicht. Ob man das als Geste bezeichnen kann, ich bezeichne das eher als Geschenk, das nicht nötig ist. Der Betrag entspricht etwa doch einem Schneesporthotel während 5 Jahren. Für mich konnte bis jetzt niemand wirklich sagen, weshalb es das braucht, denn hier werden für mehrere Millionen Investitionen für ein solches Gebäude mit Infrastruktur getätigt. Wer ist auf die Idee gekommen, das als Anschubfinanzierung zu bezeichnen, das ist es ja gar nicht. Es ist geschenktes Geld und ich weiss nicht, ob wir momentan Geld schenken sollen.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Ich möchte einfach nochmal in Erinnerung rufen, dass wir für das Land momentan von einem Landwirt eine kleine Einnahme von ungefähr CHF 50 pro Jahr haben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, mehr Geld zu verdienen, sobald wir den Baurechtsvertrag vergeben. Ich möchte deshalb eigentlich schon beliebt machen, dass wir jetzt hier nicht hängen bleiben, sondern dass man auch mit dieser Anschubfinanzierung hier zustimmt. Damit wir nun in Fahrt kommen.

Walter Vega, Gemeinderat: Etwas haben wir noch vergessen zu erwähnen, die ganzen Erschliessungskosten dieses Grundstücks werden sogar von der Stiftung übernommen. Diese Kosten werden sonst von der Gemeinde getragen. Das ist doch noch ein wichtiger Punkt.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Antrag der SVP: Die SVP-Fraktion beantragt die Zustimmung zum Erstellen eines Baurechtsvertrags mit der Stiftung Gässliacker für den Bau eines Ärzteentrums ohne eine Anschubfinanzierung.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

**Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:
Dem Abschluss eines Vertrages auf Errichtung eines selbständigen und dauernden Baurechts für Bauten und Anlagen für Pflege und Betreuung, allgemeine medizinische Grundversorgung und Gesundheitsvorlage zwischen der Stiftung Gässliacker – Zentrum für Alter und Gesundheit (Baurechtsnehmerin) und der Einwohnergemeinde Obersiggenthal (Baurechtsgeberin)**

- lastend auf einer Fläche von bis zu 1'500 m² auf den Grundstücken LIG Obersiggenthal/303 und/ oder LIG Obersiggenthal/304, Gässliacker;
- zu einem Baurechtszins von mindestens CHF 10.50/ m²/Jahr;
- und einer fünfjährigen Anschubfinanzierung von höchstens CHF 5.25/ m²/Jahr;
- zuzüglich Vertragsnebenkosten (allfällige Kosten für Notar, Grundbuch und Geometer);
- für die Dauer von 35 Jahren;
wird zugestimmt.

Dem Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

7 2017.36 Postulat Christian Keller / Unterbindung Schleichverkehr auf dem Kirchweg

Christian Keller: Da es sich hier um mein eigens Postulat handelt, werde ich Daniel Jenni den Vorsitz übergeben, ich stütze mich hier auf den § 15 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates.

—
Eintreten wird nicht bestritten
—

Christian Keller: Ich danke dem Gemeinderat für den Bericht zu meinem Postulat. Der Einwohnerrat hat das Postulat am 30. November 2017 mit gut 2/3 Mehrheit dem Gemeinderat überwiesen und damit hat der Einwohnerrat dem Gemeinderat auch klar den Auftrag erteilt, etwas gegen den Schleichweg auf dem Kirchweg zu unternehmen. So habe ich es zumindest die Zustimmung des Einwohnerrates verstanden. Was den Abschnitt West angeht, kam der Beschluss des Gemeinderates, gestützt auf die Empfehlung der Verkehrskommission. Ich bin Präsident der Verkehrskommission und kenne deshalb das Geschäft sehr gut. Ein bisschen fragwürdig finde ich die Kostenprognose, die gestellt wird. Da die Einführung im Rahmen der anstehenden Strassensanierung geplant ist, entstehen verglichen mit den Gesamtkosten nur marginale Mehrkosten, vor allem für die attraktivere Gestaltung, was sich aber langfristig auszahlt. Was mich etwas irritiert ist, das für die Fussgängerstreifen Mehrkosten entstehen sollen, in einer Tempo 30-Zone gibt es eigentlich grundsätzlich keine Fussgängerstreifen, dieser Betrag könnte man wieder herausstreichen. Es wird vielleicht Fussgängerstreifen im Bereich OSOS geben, dort wo die Schulwege direkt tangiert sind. Aber es ist diesbezüglich mit keinen weiteren Mehrkosten zu rechnen. Ich bin der Ansicht, dass die geringen Mehrkosten einer Gestaltung der 30-Zone gegenüber einem Neubau sich mehr als rechtfertigen. Es bringt einen Gewinn der Aufenthaltsqualität im Strassenraum, der Sicherheit des Schulwegs sowie der Attraktivität unserer Gemeinde.

Mit dem Beschluss des Gemeinderates zum Kirchweg Ost bin ich nicht einverstanden. Ich teile die Ansicht des Gemeinderates nicht, dass die vorgeschlagenen Lösungen zu massiven Beeinträchtigungen für die Anwohner führen würden. Es gibt solche, die davon etwas bekommen würden, aber für die Meisten gibt es eigentlich keine Beeinträchtigung. Es gibt einen Vorschlag, der ausgearbeitet wurde, welcher darauf beruht, dass man aus dem Kirchweg Ost eine Sackgasse macht. Die Ein- und Ausfahrt ist von beiden Seiten möglich. Das bedeutet, dass es für die Anwohner, die am Birkenweg und an der Fliederstrasse wohnen, keine Beeinträchtigungen gibt, sie können nämlich dadurch von beiden Seiten zu- und wegfahren. Beeinträchtigungen gibt es aber, da gebe ich dem Gemeinderat Recht, für alle die, die am Kirchweg selber wohnen oder ein Geschäft haben. Es befinden sich wenige Haushaltungen dort, aber es betrifft drei Gewerbebetriebe, das Schuhhaus Albiez, das Restaurant Neuhaus sowie das Coiffeurgeschäft.

Die Abteilung Bau und Planung hat die Fahrtenzahlen auf diesem Abschnitt erhoben, mit dem Geschwindigkeitsmesser können auch Fahrten gezählt werden. Die ermittelten Fahrtenzahlen lassen darauf schliessen, dass in der Rushhour am Abend rund 120 zusätzliche Fahrten stattfinden, die als Schleichverkehr zu werten sind. Das kann darum so genau gesagt werden, weil der Schleichverkehr nur in eine und nicht in beide Richtungen stattfindet. Es ist nur attraktiv, wenn man von Baden herkommt und Richtung Westen fährt, dort eine Abkürzung zu nehmen. Die 120 Fahrten finden mehrheitlich in der abendlichen Stosszeit, zwischen 16.30 Uhr und 19.00 Uhr statt, danach ist der Spuck wieder vorbei. Man könnte natürlich jetzt schon sagen, dass diese zwei Stunden es nicht rechtfertigen, dass dort etwas gemacht werden soll. Aber in dieser Zeit sind auch Schulkinder unterwegs, und es sind vor allem auch viele Radfahrer unterwegs, das sind dann vor allem die Leidtragenden, wenn nichts gegen den Schleichverkehr unternommen wird. Für die Radfahrer bedeutet das nämlich, dass sie beim Schulhaus Bachmatt in den wartenden Autos stecken bleiben. Entweder müssen sie fürs Rechtsabbiegen aufs Trottoir ausweichen oder wenn sie geradeaus fahren wollen, links auf die Gegenfahrbahn, was sehr gefährlich ist. Oder sie reihen sich schön brav ein und warten bis die Autos weg sind.

Für einen kantonalen Radweg ist das eigentlich ein suboptimaler Zustand, die das Radfahren nicht attraktiver macht.

Das Gewerbe beim Kirchweg Ost hat sich mit einer gemeinsamen Stellungnahme an den Gemeinderat gewandt und ihn gebeten, von Massnahmen zur Unterbindung des Schleichverkehrs abzusehen, da sie sich um ihre Existenz fürchten, obschon sie selbst schreiben, dass der zusätzliche Verkehr am Abend nur gering sei. Ich frage mich nun, ob die Einschätzung dann auch wirklich der Realität entspricht. Sind die Gewerbebetriebe wirklich in ihrer Existenz bedroht, wenn dort der Durchgangsverkehr nicht mehr durchfahren darf. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, es sei unverhältnismässig, eine Massnahme zu ergreifen und deshalb werde er nichts machen. Der Begriff unverhältnismässig habe ich auch noch an einem anderen Ort gelesen, der steht nämlich im Schreiben der Gewerbebetriebe an den Gemeinderat, mit dem sie ihn beten nichts zu unternehmen. Muss das Schuhhaus Albiez, dass wir alle als Qualitätsschuhhaus, mit einer super Beratung kennen, wirklich Angst um ihre Existenz haben? Oder ist es einfach, weil sie in die eigene Dienstleistungsqualität zu wenig Vertrauen haben?

Die Verkehrskommission hat ganz klar festgestellt, dass ein Problem existiert und hat dem Gemeinderat empfohlen etwas zu ändern. Dem Gemeinderat steht es natürlich frei, anders zu entscheiden oder auch andere Elementlösungen in die Betrachtung mit einzubeziehen. Das hat er in diesem Fall auch gemacht. Klar ist aber, dass das Problem mit dem Schleichverkehr existiert, und dass der noch grösser werden wird, je mehr es auf der Landstrasse staut. Ich finde, dass wir gegen eine OASE nicht glaubwürdig sind, und uns gegen den Durchgangsverkehr wehren können, wenn wir nicht konsequent genug sind, auf den eigenen Gemeindestrassen auch Massnahmen durchsetzen zu können und den Verkehr zu unterbinden. Ich bitte euch deshalb, um Rückweisung des Berichtes an den Gemeinderat, er soll seine Antwort, bezüglich dem Abschnitt Ost revidieren. Ich bitte euch auch das nicht von der Kontrolle abzuschreiben.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat die Verkehrskommission gebeten, mögliche Lösungsansätze zu bringen, das hat die Verkehrskommission auch gemacht. Sie hat auch Empfehlungen, die Lösungsmöglichkeiten mit Varianten wie ein Teilfahrverbot, ein Abbiegeverbot oder ein Einbahnregime beinhalten, dargestellt. Bei allen Varianten, die die Durchfahrt für die Pendler mehr oder weniger wirkungsvoll unterbinden würden, müssten auch die Quartierbewohner klare Einschränkungen bewältigen und Umwege in Kauf nehmen. Umwege sind aus ökologischer Sicht auch nicht sinnvoll. Weil die Durchfahrt nicht mittels baulicher Massnahmen physisch unterbunden werden kann, wären zudem aufwendige Kontrollen, um mögliche Verkehrsbeschränkungen überhaupt durchsetzen zu können, erforderlich gewesen. Wesentlich war aber die Erkenntnis, dass die Messungen, die man über einen Monat gemacht hat, dass pro Tag 300 bis 400 motorisierte Fahrzeuge diesen Streckenabschnitt befahren. Wir gehen davon aus, dass der überwiegende Anteil, ca. 280 Fahrten aus dem Quartier stammen. Dazu kommen noch diverse Fahrten, bei denen es sich um Gewerbeverkehr handelt. Deshalb wurde das Problem, wenn man alles gegeneinander abwägt, für den Gemeinderat als nicht so gravierend empfunden, wie es jetzt vom Einwohnerratspräsident dargestellt wird. In diesem Sinne bitte ich sie, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte um die Zustimmung des Antrags des Gemeinderates.

Lukas Füglistner: Ich habe auch zwei Hüte an, den einen als Einwohnerrat und den anderen als Mitglied der Verkehrskommission. Ich persönlich sehe eine Lösung beim Kirchweg Ost, mit der man ein Rechtsabbiegeverbot, vorne beim Coiffeursaloon Bombi macht, das müsste natürlich kontrolliert werden. Wir haben auf der Hauptstrasse zwischen 20'000 und 25'000 Fahrzeuge und auf dem Kirchweg Ost zwischen 100 und 150 Fahrzeuge, bei denen man sagen kann, die diesen Schleichweg benutzen. Ich persönlich fahre auch auf der Hauptstrasse nach Hause und ärgere mich jeweils über die Situation bei der Argovia Tankstelle. Diese Problematik habe ich auch schon in der Verkehrskommission und beim Gemeinderat angebracht. Wenn ein Fahrzeug links in die Tankstelle abbiegen will, müsste jeder, der über das Trottoir ausweicht, grundsätzlich gebüsst werden, doch es wird von niemandem kontrolliert. Es hat dort so viel

Verkehr und am Schluss gewinnen wir sechs Sekunden, wenn man rechts über den Kirchweg Ost Richtung Hertenstein fährt. Ich frage mich, ob man hier nicht mit Kanonen auf Spatzen schiesst. Wir haben ja dort bereits eine Tempo 30-Zone, grundsätzlich ist jeder Verkehrsteilnehmer gebeten, seine Fahrweise, wenn man weiss, dass es dort Kindergärten und Schulhäuser hat, dementsprechend anzupassen. Beim Kirchweg West wird ein Projekt kommen, Tempo 30 kam zu diesem Zeitpunkt nicht durch, weil man das Gefühl hatte, dass wenn das Tempo beim Kirchweg West auch auf 30 beschränkt wird, das in der Bevölkerung keine Mehrheit finden wird. Mittlerweise denke ich, wäre das sicher durchaus etwas, das man durchziehen könnte.

Theo Flückiger: Die SP-Fraktion unterstützt das Anliegen des Postulats, das heisst die Unterbindung des Schleichverkehrs am Kirchweg. Wir sind mit dem Gemeinderat einverstanden, zum Vorgehen, das den Kirchweg West betrifft. Wir denken, dass es das richtige Vorgehen ist, mit einer Gesamtplanung die Massnahmen dort umzusetzen. Nicht so glücklich waren wir über den zweiten Teil, den Kirchweg Ost. Schlussendlich gingen dort die Meinungen in der Fraktion etwas auseinander, was man mehr gewichtet Ost oder West, von dem her gab es keine einheitliche Fraktionsmeinung. Ich persönlich habe ein weiteres Anliegen. Die Vorschläge zielen alle in Richtung der Beschilderung, ich bin der Meinung, es ist eine ortsplanerische Frage und da möchte ich etwas ausholen.

Wenn man sich Nussbaumen 100 Jahre zurück schaut, dann war es ein kleines Bauerndorf. Es waren Bauernhöfe entlang einer Strasse, die Strasse war sehr zentral, weil die Bauernhöfe durch diese erschlossen wurden. Es war zu dieser Zeit kein Thema, über den Lärm des Verkehrs zu sprechen, es war eine ganz andere Situation. In den letzten 100 Jahren passierten enorme Entwicklungen, in den 60er Jahren hatten wir ein enormes Wachstum, es entstanden viele Bauten, es wurden Strassen gebaut, die heute völlig überdimensioniert sind. Das ist die General-Guisan-Strasse oder der Kirchweg zwischen dem Schulhaus Bachmatt und dem OSOS, der eigentlich zu breit ist, für das was heute an Bedarf vorhanden ist. In dieser Zeit hatte man die Vision des grossen Wachstums, in diesem Sinne, war es zu diesem Zeitpunkt auch richtig. Unsere Gemeinde hat sich weiterentwickelt und wir haben heute hier das Thema, dass sich die Leute mit dem Verkehr schwertun. Wir haben grosse Belastungen, die ein zentrales Thema sind und immer mehr werden. Wir reden heute von Schleichverkehr, von ein paar wenigen Fahrzeugen. Die Tendenz ist der Martinsbergtunnel und das heisst, dass der Verkehr enorm zunehmen wird. In diesem Sinne kommt jetzt der Zeitpunkt, wenn man die Strassen angeht und noch viel weiterdenken muss. Es reicht nicht, nur über ein paar Tafeln zu sprechen, es sind Ortsbildnerische Geschichten, die auf einer ganz anderen Ebene, planerisch angegangen werden müssen. Dieser Schritt ist für den Kirchweg Ost geplant, das finde ich auch sehr gut. Denn das sind die Massnahmen, durch die man auch durch bauliche Eingriffe neue Ansätze erzielen kann. So, dass die Strasse nicht nur eine Verkehrsfläche, sondern dass sich auch ein Lebensraum ist.

Eine Strasse, die massiv mit Verkehr belastet ist, ist gleichzeitig auch eine Abwertung der Liegenschaften. Wir haben in Obersiggenthal drei Hauptstrassen, das sind die beiden Kantonsstrassen, die Hertensteinstrasse sowie die alte Landstrasse. Wir sind in der komfortablen Lage, dass wir zusätzlich noch eine Achse haben, und das ist der Kirchweg und das ist die Strasse, die am ehesten am Dorfleben dienst, dort geschieht der Alltag vieler Bewohner unseres Dorfes. Für mich ist es zentral, dass man diesem Raum ein Gewicht gibt, und zwar nicht nur mit ein paar Tafeln, sondern dass man sich überlegt, wohin sich unser Dorf entwickeln soll, was das für Qualitäten sind, die dort erreicht werden können. Wenn wir das Ziel haben, möglichst viel Verkehr durch unser Dorf hindurch zu schleusen, dann muss man es für den Verkehr möglichst durchgängig machen, aber das ist ja eben nicht das Ziel. Wir haben heute eine enorme Belastung an der Landstrasse und das wird nicht abnehmen, sondern das wird zunehmen, und entsprechend ist die Tendenz, dass das in die Quartiere drückt. Von dem her ist es sehr zentral, dass dies nicht nur über Verkehrsreglemente versucht wird zu definieren. Ich habe gesehen, dass geplant ist, wie sich der Schild Ost in den nächsten fünf Jahren entwickelt. Der Schild Ost muss erschlossen werden, wir hatten darüber eine Informationsveranstaltung, bei der die Entwickler sagten, dass es für sie nicht klar sei, von wo das erschlossen werden

soll, es kann sowohl von der Hertensteinstrasse wie auch vom Kirchweg her erschlossen werden. Zentral ist, dass der Gemeinderat dort eine Meinung hat, und diese vertritt. Meine Empfehlung ist ganz klar, dass der Schild Ost von der Hertensteinstrasse her erschlossen wird, und man den Kirchweg nicht immer noch mehr belastet.

Das soll wirklich auch herausgesetzt werden, dass die Leute wissen, woran sie sind, was die Gemeinde vertritt. Der Kirchweg soll für mich auf allen Ebenen entlastet werden, dass er vor allem den Menschen im Dorf dient und das kann durchaus auch mit wertsteigernden Massnahmen, mit gestalterischen Massnahmen gemacht werden. Es ist natürlich dann die Frage der Finanzierung, wir haben den Kirchweg bereits ein Stück weit saniert, dort haben wir die Kosten für eine detaillierte Planung nicht aufgewendet und hatten eine Kostenüberschreitung von 60 %. Das war meiner Meinung nach teurer, als wenn man es gut geplant hätte. Unser Anliegen ist klar, dass dem Kirchweg Ost ein gewisses Gewicht gegeben wird. Er ist nicht mehr im Aufgaben- und Finanzplan, ich bin der Ansicht, dass er dort mal erwähnt war, das Stück das noch nicht saniert ist. Auch dieses Stück muss einmal gemacht werden, und dann sollen diese Dinge auch auf planerischer Ebene angeschaut werden.

Die Strasse wird für 30 Jahre und mehr gebaut, vor allem wenn man kein Geld hat, ist es für mehr. Wir dürfen deshalb die Chance jetzt nicht verpassen, denn der Martinsbergtunnel soll in 20 Jahren gebaut sein. Ich persönlich finde, das Geschäft soll nicht abgeschlossen werden, sondern es soll pendent gelassen werden. Die Fragen dürfen nicht nur über ein paar Verkehrsschilder erledigt werden. Wenn wir es jetzt so erledigen, dann wird man in fünf Jahren, wenn wir wieder darüber sprechen, sagen, dass man dieses Thema nicht noch einmal aufgreifen will. Für mich ist es ein Schaffen einer Präzedenz, die ich nicht gut finde. Ich möchte es noch etwas offenlassen, damit man auch in Zukunft wirklich noch einmal darüber diskutieren kann.

Eugen Frunz: Du hast vorhergesagt, nur wegen dieser drei Gewerbebetriebe, die dadurch benachteiligt sind. Da rollen sich mir, als Gewerbebetreibender die Zehennägel nach hinten. Jeder Gewerbebetreibende ist darauf angewiesen, dass er gut erreicht werden kann und sicher nicht beschnitten wird. Vorher haben wir über die Anschubfinanzierung diskutiert, da hiess es, dass wir die wegen den Ärzten machen müssen, damit diese dann auch wirklich kommen. Und hier sagst du, dass es sich ja nur um drei Gewerbebetreibende handelt, also so habe ich es verstanden, wenn die dadurch einen Nachteil haben....., das sehe ich etwas anders.

Der Kirchweg West ist, wie Theo Flückiger vorhergesagt hat, für viele ein Lebensraum, ich bin daran aufgewachsen. Du hast Recht, es ist für viele ein Lebensraum, aber es hat auch viel Gewerbe an dieser Strasse, es ist also auch eine Lebensader. Es darf dann nicht sein, dass er nicht mehr nutzbar ist. Der Kern von Obersiggenthal, das Oberdorf grenzt an den Kirchweg und ist somit gewachsen, genau deshalb hat es dort herum auch viele Gewerbebetreibende, die Verkehr verursachen, die aber darauf angewiesen sind, dass sie immer gut zu erreichen sind.

Christian Keller: Vielleicht habe ich mich dort ein wenig zu unklar ausgedrückt, da gebe ich dir Recht. Es ist keine Geringschätzung des Gewerbes, das ist sicher kein Problem für die. Aber wenn man es sich im Detail anschaut, das Schuhhaus Albiez, die haben einen Parkplatz auf der Seite der Landstrasse und sie haben rückwertig auf den Kirchweg ebenfalls Parkplätze. Die rückwärtigen Parkplätze bleiben nach wie vor erreichbar, sie haben dort den Behindertenparkplatz, der mit der Rampe rollstuhlgängig ist, der ist weiterhin erreichbar und benutzbar. Beim Restaurant Neuhaus besteht noch am ehesten die Möglichkeit, dass jemand spontan einen Kaffee trinken geht, und wenn er nicht mehr vorbeifährt, dann macht er es vielleicht nicht. Aber wer braucht diese Strasse als Schleichweg, das sind Leute, die im Feierabend so schnell wie möglich nach Hause wollen, die wollen keinen Kaffee trinken gehen, die wollen nach Hause. Beim Coiffeur Bombi weiss ich es nicht, denn mein Coiffeur ist eine Vertrauensperson für mich, und ich gehe nicht einfach zu einem Coiffeur nur weil der die Parkplätze am richtigen Ort hat. Ich kaufe die Schuhe beim Albiez, da weiss ich was ich habe, und deshalb verstehe ich nicht, weshalb die Angst haben.

Peter Martin: Möglicherweise bin ich nicht ganz neutral bei diesem Thema, aber trotzdem erlaube ich mir zwei, drei Bemerkungen. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist der schlechende Mehrverkehr 120 Fahrzeuge in 90 oder 120 Minuten. Wenn mich meine Rechenkünste nicht im Stich lassen, dann reden wir entweder von einem Fahrzeug pro Minute mehr in diesen zwei Stunden oder von drei Autos in zwei Minuten. Ich weiss ehrlich gesagt nicht so genau wo hier das Problem ist. Ich finde es relativ einfach, wenn man das unternehmerische Risiko nicht trägt, darüber zu urteilen, ob das für ein Unternehmen eine Benachteiligung ist oder nicht. Ich glaube diesen Entscheid oder diese Beurteilung müssen wir denen überlassen, die auch das unternehmerische Risiko tragen müssen und nicht die, die am Schreibtisch sitzen und das Gefühl haben, sie können das abschätzen.

Robert Wyss: Ich würde behaupten, dass ich fast Anwohner des Kirchweg Osts bin, ich arbeite bei der Kirche und ich erlebe tagtäglich was dort herein- und hinaus fährt. Ich stelle fest, dass wir sehr viele Lastwagen haben, die hereinfahren und wieder rückwärts hinausfahren. Nicht weil sie einen Schleichweg generieren wollen, sondern weil ihnen eine nette Dame im Kasten gesagt hat, er soll dort hindurch fahren, es sei der direkte Weg ins Surbtal, nämlich das Navigationssystem. Jeder der von Baden zum Hertenstein will und nach Navi fährt, fährt über den Kirchweg. Warum, dass das so ist, weiss ich nicht, es ist zwei bis drei Meter kürzer. Das mit den Tafeln finde ich auch nicht sehr sinnvoll, das nützt sicher nichts. Aber softwaremässig, man kann wie in einer Staumeldung, die innert Minuten auf dem Navi erkennbar ist, können auch Strassen gesperrt werden, auch für den Schwerverkehr ist dies möglich. Ich bitte euch, auch das mal in Erwägung zu ziehen um zu prüfen, ob über die Verkehrsleitzentrale oder was auch immer etwas gemacht werden kann, damit die Strecke über das Navi als Transit gesperrt wird.

Für die, die vielleicht schon festgestellt haben, dass beim Coiffeur Bombi der Stellriemen ab und zu eingedrückt sind, das ist von den Lastwagen mit Anhänger, die um die Kurve fahren. Seit die Insel steht, ist es für die Lastwagen fast nicht mehr möglich abzubiegen, ohne dass sie das Heck im Garten des Coiffeurs Bombi haben. Meiner Meinung nach gehört dort ein Rechtsabbiegeverbot für Lastwagen hin.

Friedrich Wollmann: Ich habe schon während längerer Zeit am Kirchweg 12 gewohnt. Ich habe gelernt die Situation gut einzuschätzen und ich habe die Vision, dass man das Problem lösen könnte, in dem man eine Wohnzone daraus macht. Somit Tempo-20 Zone entsprechend ausschildert und so schleicht niemand mehr durch die Strasse, das ist ihnen dann auch zu langsam. Die jetzige Lösung mit diesen Pflanzenkübeln finde ich speziell für die Radfahrer äusserst gefährlich, denn Autofahrer haben prinzipiell Vortritt vor den Radfahrern. Der Gedanke, parallel zur Landstrasse eine zügige Radroute zu erstellen ist momentan durch die Verhältnisse schlicht sabotiert. Ich habe die Idee aus dem ganzen Bereich Kirchweg / Fliedersstrasse / Birkenweg usw. eine Wohnzone mit Tempo 20 zu machen, denn dann erledigt sich das Ganze beinahe von selbst.

Marco Erni: Ich bin selbst Anwohner und fahre auch gerne mit dem Auto durch den Kirchweg. Ich hätte nichts gegen ein Abbiegeverbot, damit wir weniger Autos beim Schleichverkehr hätten. Ich gebe dir Recht, Peter Marten, es hat nicht wirklich viel Verkehr auf dieser Strasse, es ist einfach ein markanter Unterschied, wenn es wirklich Schleichverkehr hat, denn den merkt man gleich. Man ist sich während des Tages gewohnt, dass nicht so viel Verkehr da ist und plötzlich am Abend hat es. Aus meiner Sicht ist es mit der missratenen Strassengestaltung, mit diesen Kübeln zum Teil etwas schwierig, also mir macht es Angst mit dem Fahrradanhänger zwischendurch zu fahren. Dort hat man die Chance verpasst, die Gestaltung so zu machen, dass das als Quartierstrasse wahrgenommen wird, so dass der Autofahrer merkt, dass das nicht die Strasse ist, auf der er fahren sollte. Mit einem Abbiegeverbot könnte das nun realisiert werden, aber spätestens, wenn eine Sanierung ansteht, müsste in die Richtung saniert werden, dass es von der Wahrnehmung her eine Strasse ist, auf der der Fussgänger Vortritt hat. Das wären Massnahmen, durch die weniger Autos dort hindurch fahren würden.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Der Gemeinderat beantrag den Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen.**
- 2. Das Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.**

Dem Antrag wird mit 21 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen zugestimmt.

8 2019.07 Umfrage

Christian Keller: Der Gemeinderat wünscht, Fragen wenn möglich vor dem Montagmittag dem Ratsbüro bzw. Romana Hächler einzureichen, damit der Gemeinderat Zeit hat, diese vorzubereiten. Dadurch hat er allenfalls auch die Möglichkeit zur Meinungsfindung in der Gemeinderatsitzung am Montagabend.

Als ich mein Amt angetreten habe, habe ich bei der Ratsführung etwas an der Schraube gedreht, und möchte nun dies nach einem Jahr zur Diskussion stellen. Ich möchte euch nun die Gelegenheit zur Rückmeldung geben, wie ihr das findet. Wenn ihr euch dazu äussern wollt, habt ihr jetzt die Gelegenheit dazu.

Peter Marten: Der Sinn und Zweck der Rednerliste haben sich für mich bis heute nicht erschlossen, somit sehe ich keinen Mehrwert. Deshalb bin ich der Meinung, dass es etwas mehr Leben würde, ich weiss es ist nicht immer lustig, mit dem Ping Pong zwischen durch. Mit den Fraktionsmeinungen am Anfang kann ich leben, aber die Rednerliste ist für nichts.

Christian Keller: Die Rednerliste ist ein Teil unserer Ratsordnung.

Urs Müller: Ich habe noch etwas zur Umfrage. Leider konnte ich es nicht bereits am Montag einreichen, weil es erst heute in der Zeitung geschrieben war. Ich habe eigentlich erwartet, dass der Gemeinderat bei den Mitteilungen etwas zu einem nicht unwichtigen Geschäft sagen wird, nämlich zur Demission von einer Gemeinderätin.

Aline Schaich, Gemeinderat: Es war keine Frage, du bist einfach der Meinung, dass man dazu etwas hätte sagen sollen. Ich muss dazu sagen, dass das für meine Gemeinderatskollegen alles etwas schnell und vielleicht auch überraschend gekommen ist, ich weiss es nicht. Für mich war es nicht überstürzt, ich habe mir sehr lange und sehr intensiv Gedanken gemacht. Aus verschiedenen Gründen ging es nun relativ schnell, auch mit der Kommunikation, das war unter anderem vielleicht auch ein Grund, weshalb man es hier nicht speziell erwähnt hat. Wenn ich jetzt aber schon hier stehe, sage ich nun doch noch zwei, drei Worte dazu. In der Pressemitteilung stand bereits das Wesentliche, das ist mein Thema, es ist wirklich aus beruflichen Gründen, dass es mir schon im letzten Jahr zum Teil schwer fiel alles unter einen Hut zu bringen. In meinem Beruf als RAV Beraterin in Baden ist es nicht immer einfach zu planen, und so kann auch der Computer nicht einfach um 17.00 Uhr abgeschaltet werden. Wenn man so intensiv mit Menschen arbeitet, gibt es halt auch unplanbare Dinge, das hat es mir schwierig gemacht, Termine für die Gemeinde frei zu machen, es war nicht einfach. Ich sehe jetzt, was in den nächsten Jahren alles an Ansprüchen und Bedürfnissen in dieser Gemeinde kommt, und es ist so wie ich es oder die SP Obersiggenthal in der Pressemitteilung gesagt hat, ich möchte den Platz jemanden frei machen, der diesem Rechnung tragen kann. Ich persönlich bin niemand, der halbe Dinge macht und möchte am Schluss nicht sagen müssen, dass ich

mich zwischen meinem Beruf und meinem Amt aufreibe, weil mir beides sehr am Herzen liegt, und beides in meinen Augen sehr wichtig ist. Es war für mich ein Anliegen, dass am Schluss nicht das eine oder das andere oder im schlimmsten Fall sogar beides zu kurz kommt. Deshalb habe ich mich zu diesem Schritt entschlossen.

Markus Renggli: Ich bin nun auch schon einige Zeit im Rat, mit dem Ablauf habe ich kein Problem, mich stört einfach das formelle, die Floskeln, die bei jedem Aufstehen, gesagt werden müssen. Korrekterweise müsste geschätzte Gemeinderätin, geschätzte Gemeinderäte usw. gesagt werden. Es müsste auch die weibliche Form erwähnt werden, wir hatten schon einmal jemanden im Einwohnerrat, die ganz fest darauf gepocht hat. Ich bemühe mich jedes Mal aufzustehen, aber vielleicht könnten wir uns dazu einigen, dass man das einmal sagt, aber nachher nicht bei jedem Votum. Oder vielleicht findet man dafür eine abgespeckte Form, bei der lieber Rat oder irgend so etwas gesagt werden kann. Das könnt ihr euch vom Ratsbüro überlegen, so dass man nicht jedes Mal diese Floskeln sagen muss.

Christian Keller: Das ist nicht nur ein Entscheid des Ratsbüros, es ist auch das Ratsreglement, das das so vorgibt. Ich gehe davon aus, dass sich die Erfinder dieses Reglements etwas dabei gedacht haben, dass es auch um die Würde des Amtes und um die Handlung, die wir hier drin vollziehen, geht. Ich fand es am Anfang auch schräg, aber irgendwann fand ich dann auch, dass es schon einen Sinn hat.

Markus Renggli: Dann dürfte man ja auch keine Jeans tragen, so ein Reglement kann ja auch überarbeitet oder aktualisiert werden. Im Protokoll wird das auch nicht immer geschrieben. Ich habe ja auch den blödesten Platz, entweder kann ich zu euch sprechen oder auf die andere Seite, ich muss mich immer drehen.

Erich Schmid: Ich habe noch einen Nachtrag zu deiner Nachfrage. Ich finde es sehr gut, wenn die Fraktionen nacheinander kommen, so weiss jeder, wann er an der Reihe ist. Der Rücktritt von Aline Schaich kam überraschend, wie sieht das weitere Vorgehen aus? Wir haben im Mai 2019 eine Gemeinderatswahl bzw. die Wahl des Gemeindeammanns, durch den Rücktritt von Dieter Martin. Ich weiss nicht per wann Aline Schaich zurückgetreten ist, ich glaube das war nicht erwähnt. Haben wir im Mai 2019 zwei Wahlen oder was hat sich der Gemeinderat dazu überlegt? Bei Dieter Martin ist der Rücktritt klar per 31. Dezember 2019, bei Aline Schaich wird es wahrscheinlich nicht der 31. Dezember 2019 sein.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Heute kam vom Regierungsrat die Bestätigung dieser Demission, darinsteht, dass am 19. Mai 2019 zusammen mit der Wahl von einem möglichen neuen Gemeindeammann, die Wahl für den Ersatzgemeinderat für Aline Schaich sein wird. Aline Schaich wird ersetzt, sobald ein neuer Gemeinderat gewählt ist, solange dieser nicht gewählt ist, wird sie im Amt bleiben müssen.

Daniel Meier: Ich möchte nochmal auf das Thema Verkehr kommen, weniger auf den Schleich- oder Lokalverkehr, sondern vielmehr auf die OASE. Man kann nun bereits wöchentlich über die Gemeinden, über die Brücke in Koblenz, über Brugg, dort wird man jetzt mit dem Bau der Umfahrung beginnen und über die Schliessung der Hochbrücke in Wettingen lesen. Ich frage mich, was im Siggenthal dazu passiert, was ist dort vom Gemeinderat oder von den Kommissionen aus angedacht? Wie soll es dort weitergehen? Wir sind jetzt am Start eines neuen Jahres, im letzten Jahr ist einiges passiert, jetzt muss der Ball im Siggenthal aufgenommen werden, es muss Position bezogen werden, denn wir sind die, die schlussendlich, von dieser OASE am meisten betroffen sind. Es wurde davon gesprochen, dass Herr Attiger eingeladen werden soll, wie geht es dort weiter? Kann schon etwas darüber gesagt werden?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Grundsätzlich kann ich sagen, dass der Kanton und die Gemeinden um Baden im Rahmen von Workshops regelmässig zusammenkommen und sich austauschen. Bei all diesen Gelegenheiten machen die Gemeindevertreter auf ihre Unzufriedenheit, ihre Unsicherheit und ihre Fragen aufmerksam. Kürzlich hat der Kanton eine Medieninformation gemacht, bei der wir über den Stand der Dinge informiert wurden. Wir wurden

informiert, wie der Stand in Brugg und in Baden ist und bei dieser Gelegenheit hatte ich auch die Möglichkeit Stellung dazu zu nehmen. Ich habe klar gesagt, dass das Vertrauen der Gemeinde nicht vorhanden ist. Wir nehmen somit schon Einfluss, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt. Im Moment läuft die ganze Geschichte auf vertraulicher Ebene, es wurden nur die Gemeinden und die Behörden eingebunden und es besteht auch eine Auflage durch den Kanton, dass damit nicht an die Öffentlichkeit gegangen werden darf. Die Informationshoheit liegt beim Kanton. Wir haben versucht, den Regierungsrat Attiger einzuladen, wir kamen bis heute so weit, dass der Kanton den Gemeinderat und die Vertreter der Planungs- und der Verkehrskommission am 23. Oktober 2018 darüber informiert hat. Wir wollten auch den Einwohnerrat und die Bevölkerung, zusammen mit Untersiggenthal einheitlich und zeitnah informieren, doch das hat der Kanton vorläufig abgelehnt. Er hat im Sinn, darüber werden wir mit dem Kanton noch diskutieren, zuerst eine Planungsvereinbarung mit allen Gemeinden zu machen. Wenn die Planungsvereinbarung steht ist der Kanton gewillt, mit der Bevölkerung zu sprechen.

In dieser Planungsvereinbarung, das haben wir am 23. Oktober 2018 gehört, kann der Gemeinderat seine Rahmenbedingungen formulieren, unter welchen Umständen, dass er das allenfalls akzeptiert, damit die Pläne umgesetzt werden können. Zu diesem Zweck hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Planungs- und der Verkehrskommission eingesetzt, die den Gemeinderat in Bezug auf mögliche Rahmenbedingungen, die die Gemeinde stellen soll, berät. Ebenfalls zu diesem Thema haben wir die Gemeinden, mit denen wir bereits zusammen als Siggenthal aufgetreten sind, das sind Untersiggenthal, Turgi und Freienwil ebenfalls eingebunden. Mit diesen Gemeinden möchten wir zusammen den kleinsten gemeinsamen Nenner definieren, mit dem wir alle, in Bezug auf die Planungsvereinbarung die gleichen Interessen im Siggenthal haben.

Das Verkehrsmanagement ist ein von der OASE unabhängig laufendes Projekt, das läuft seit fünf Jahren und wird nun schrittweise umgesetzt. Ein Teil davon ist die neue Lichtsignalanlage in Kirchdorf bei Stefan Müller, dann haben wir auf dem Hertenstein ein geplantes Lichtsignal, die steht bereits, ist aber noch nicht im Betrieb, weil wir noch eine Einsprache im Zusammenhang mit der Strasse nach Ennetbaden gemacht haben. Diese Massnahmen werden jetzt schrittweise umgesetzt und sollen zu einer Entlastung im Dorf führen. Primär ist es das Ziel dem öffentlichen Verkehr zu ermöglichen, dadurch dass man die Autos aussen zurückbehält, zeitgerecht die Strassen durchfahren zu können und nicht im Stau stehen zu müssen. Der Zentrale Rechner, der die ganzen Verkehrsmanagement Massnahmen, es heisst übrigens Verkehrsmanagement Baden-Wettingen zusammen steuert, soll Mitte bis Ende 2019 in Betrieb genommen werden. Das ist auch eine Rahmenbedingung, die wir versucht haben zusammen zu definieren, dass wir damit nur einverstanden sind, wenn die Verkehrsmanagement Massnahmen auch greifen. Denn ein wesentliches Ziel ist es, das man auch schon im Zusammenhang mit der Siggenthaler Brücke geplant hat, den Verkehr auf beide Seiten zu transportieren.

Im Moment können wir uns nicht vorstellen, mit welchen Mittel, dass das gehen sollte. Wir können uns auch nicht vorstellen, dass ein Lastwagen eine 1,3 km längere Strecke unter die Räder nimmt, und das Wilerloch über Turgi hinauffährt. Deshalb stellen wir riesige Fragezeichen in den Raum und das ist sich der Regierungsrat Attiger auch bewusst. Wir hatten kürzlich eine Information, dabei kamen alle Behörden von Brugg und Baden zusammen und bei dieser Gelegenheit haben wir auch auf das aufmerksam gemacht. Herr Attiger hat klar gesagt, dass bei Obersiggenthal noch nicht alle Probleme gelöst sind. Das ist momentan der Stand, es ist nicht so, dass wir nichts machen, wir nehmen auch regelmässig teil, wir haben auch Diskussionen in Baden Regio. Aber wir haben auch Auflagen, dass wir im Moment in der Öffentlichkeit nicht über diese Pläne sprechen dürfen.

Daniel Meier: Für mich hört es sich nach Maulkorb an, wenn man im Moment nichts sagen darf. Ich denke, dass die Bevölkerung sehr stark an diesem Thema interessiert ist. Reden wir hier von einem halben oder von einem Jahr, während dem wir zuwarten und hoffen müssen, dass es gut kommt?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist so, dass wir die Planungsvereinbarungen im April 2019 erwarten und die müssen dann bis im Herbst 2019 durchgearbeitet werden. Ob wir die dann unterschreiben, steht noch nicht fest. Wir wissen bis jetzt noch nicht, was darinsteht, und wir sind auch der Meinung, da gebe ich dir recht, dass es den Touch eines Knebelvertrages hat, wenn man die Gemeinde zuerst anbinden will. Wir werden sicher nicht einfach etwas unterschreiben. In der Zwischenzeit sind wir, wie bereits gesagt, zusammen mit den Siggenthaler Gemeinden und unserer Arbeitsgruppe daran uns Gedanken über die Rahmenbedingungen zu machen.

Markus Renggli: Ihr sprecht Gelder für die Planung und die Gestaltung der Landstrasse, bei dem uns der Kanton eingebunden hat. Das widerspricht total dem, was ich jetzt von dir höre.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben schon einmal, vor einer gewissen Zeit darauf aufmerksam gemacht, dass beim Erscheinungsbild der Landstrasse parallel dazu Radrouten geplant werden, sogenannte Radvorzugsrouten. Wir möchten dann einmal wissen, wie das mit diesen Plänen, die wir für die Landstrasse machen und die, die wir nicht kennen vereinbar ist. Ich kenne diese Pläne selbst auch nicht. Ich habe übrigens heute eine Einladung erhalten, für eine Besprechung im Zusammenhang mit dem Erscheinungsbild Landstrasse und der OASE.

Lukas Füglistler: Auch von meiner Sicht noch einen Satz. Ich unterstütze Daniel Meier, denn ich bin ja selbst auch in der Verkehrskommission. Ende Oktober 2018 hat der Kanton informiert und hat ganz klar gesagt, dass keine Informationen weitergegeben würden dürfen. Grossmehrfheitlich haben sich alle darangehalten, es wird informiert, wenn es an die grosse Glocke gehängt werden kann. Wie du sagst, auf Anfangs Jahr werden losgelöst CHF 50 Millionen für Radrouten investiert. Das hört sich für die Radfahrer und für die Fussgänger schon mal sehr gut an, dass der Kanton etwas Positives machen will. Aber das Kernproblem der OASE wird meiner Meinung nach irgendwo bewusst nicht in die Hand genommen bis wahrscheinlich die Planungsvereinbarung durch ist und der Kanton trotzdem sagen kann, dass der Gemeinderat eigentlich gar nichts dazu gesagt hat. Ich bin gespannt, wo die kantonale Radroute über das Feld durch Nussbaumen hindurch geht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat wird nicht blauäugig irgendetwas unterschreiben. Die Arbeitsgruppe ist am Arbeiten, der Präsident steht hier in der Person des Einwohnerratspräsidenten. Es ist also Bewegung im Spiel. Wir sind auch nicht vom Kanton begeistert, denn der Kanton hatte von Anfang an eine Linie. Es steht zwar in der Zeitung, dass die Gemeinden mitarbeiten durften, die Gemeinden wurden darüber informiert, welche Varianten bereits angeschaut wurden, aber über Varianten konnten die Gemeinden nicht mitdiskutieren.

Daniel Meier: Und jetzt läuft es ganz genau so weiter, oder?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Im Moment geht der Weg in diese Richtung. Es hat bereits eine Abstimmung im Grossrat stattgefunden, mit der die bisherige Zwischenlösung festgesetzt wurde. Jetzt geht es Richtung Rechtssetzung dieser Pläne.

Christoph Alder: Wir haben in unserer Fraktion schon lange darüber gesprochen. Bei den Legislaturzielen der SP ist es 1.1. Ihr müsst einfach wissen, dass sowohl der Gemeinderat wie auch die Planungs- und die Verkehrskommission sowie die Arbeitsgruppe mit dem Kanton zusammenarbeiten muss. Solange der Kanton die Hoheit hat, bewegt sich niemand, denn sie müssen immer schauen, dass sie mit dem Kanton gut auskommen. Für uns ist bereits jetzt schon klar, und Marco Erni, Präsident der Planungskommission hat uns auch klar gesagt, wenn man etwas machen will, dann müssen wir jetzt etwas machen, denn in einem halben Jahr ist es zu spät. Die Bevölkerung, die keine Funktion hat, die nicht ständig mit dem Kanton einen Konsens finden muss, es muss eine Bewegung aus der Bevölkerung kommen, wir müssen uns

in einer Rechtsform organisieren, damit wir so Widerstand machen können, sonst funktioniert das nicht, sonst werden wir nie angehört.

Es ist wichtig, dass wir beginnen einen relativ breiten Widerstand zu leisten. Kein Misstrauen euch gegenüber und schon gar nicht der Verkehrs- oder Planungskommission aber sonst wird das nicht funktionieren.

Marcel Müller: Ich möchte mich gerne dem anschliessen, was Christoph Alder gesagt hat. Wir als Gemeinde müssen uns einfach bewusst sein, dass es letztlich die Frage ist, ob Martinsbergtunnel ja oder nein. Wenn er kommt, dann werden wir zu einem Ring. Das kann man sehr gut am Beispiel von Wien mit diesen Ringstrassen verfolgen. Baden wird entlastet, das ist sowieso die Tendenz, und rundherum baut man einen Ring, wenn du Pech hast, bist du in diesem Ring und hast dann den Stau. Dann können wir die ganze Landstrasse Verschönerungsgeschichte liegen lassen, denn dann sind wir die Hauptverkehrsachse und dann fährt der ganze Schwerverkehr durch und nach Baden geht nur noch derjenige der in die Migros einkaufen geht. Das ist das Ziel. Die Hochbrücke wird geschlossen, die Planung mit dem Radverkehr das finde ich alles gut, aber wir werden vom Hertenstein und von Würenlingen her eine Ringgemeinde. Dann müssen wir kein Geld in die Landstrasse investieren, das wird die Schwerverkehrs- und Verkehrsrouten sein.

Wir als Gemeinde müssen uns nun überlegen, ob wir überhaupt eine solche Achse werden wollen, und wenn wir es nicht wollen, wofür ich plädieren würde, dann müssen wir parteimässig geschlossen auftreten und mit der Bevölkerung voraus gehen. Wir können sicher sein, dass Baden für ihre Interessen einsteht, Wettingen auch für sich schaut und Herr Attiger ist zufälligerweise ein Badener. Wir müssen einfach aufpassen, denn wenn der Tunnel kommt, dann sind wir eine Ringgemeinde mit dem entsprechenden Verkehr. Deshalb wollte ich dieses Postulat von Christian Keller nicht abschreiben, es wurde jetzt halt abgeschrieben, denn dann nimmt der Druck auf die Landstrasse so brutal zu, dass wir den Kirchweg totsicher als Schleichweg haben.

Wir müssen jetzt eine klare Meinung haben, ob wir grundsätzlich gegen den Tunnel opponieren oder nicht.

Theo Flückiger: Ich habe einen weiteren Aspekt, der auch in dieses Thema hineingeht. Wenn man sagt, dass die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden gesucht wird, bin ich sehr skeptisch. Freienwil hat ganz andere Interessen als wir, Untersiggenthal ist nicht betroffen, da eine Zusammenarbeit zu suchen, meine ich, bringt nichts, denn jede Gemeinde schaut für sich. Wir müssen als Gemeinde zusammenstehen und den Widerstand ganz klar nach aussen signalisieren, nur so haben wir eine Chance. Wenn wir den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen, dann ist der klein, denn auch Turgi hat ganz andere Interessen als wir. Turgi möchte den Verkehr möglichst bei uns durchleiten und wenn wir versuchen mit Turgi zusammen zu arbeiten, bringt das meiner Meinung nach nichts.

Dieter Martin, Gemeindeamman: Der kleinste gemeinsame Nenner ist nicht, dass wir uns an denen anlehnen, wir haben unsere eigenen Themen, die wir als Gemeinde Obersiggenthal einbringen und es gibt solche, die das Siggenthal allgemein betrifft. Denn gemeinsam ist man vielleicht doch stärker als jeder für sich selbst. Wir bringen selbstverständlich auch unsere Anliegen ein, denn wir sind wirklich die in der Region Baden, die am Meisten davon betroffen sind. Das ist von mir aus gesehen unbestritten und deshalb gebe ich euch recht, dass wir uns wehren müssen.

Christian Keller: Marco Erni und ich sind ein Teil dieser Arbeitsgruppe, die den Gemeinderat im Zusammenhang mit der OASE unterstützt. Wir wissen eigentlich auch nicht mehr als ihr, wir sind daran eine rote Linie zu entwickeln.

André Kummer: Ich möchte nochmals das Gleiche sagen, wie bereits Markus Renggli gesagt hat. Ich würde es gut finden, wenn man die Anrede am Anfang weglassen oder etwas verkürzen würde. Erstens könnten wir im Rat Zeit sparen, zweitens wäre das Protokoll einfacher und drittens können wir so Kosten sparen.

Marcel Müller: Wann wird der Bericht zur Tiefenprüfung Sozialwesen, der gemacht wird in den Einwohnerrat kommen?

Walter Vega, Gemeinderat: Danke für die Frage, der Bericht wurde ausgewertet, die Massnahmen wurden so weit zusammengestellt, und die Idee ist es, dass der Bericht bis Ende Januar 2019 an die Finanzkommission geht. Der Einwohnerrat ist im Moment noch kein Thema.

Marcel Müller: Aber am Schluss doch noch in den Einwohnerrat?

Dieter Martin, Gemeindeamman: Das ist ein operatives Thema.

Urs Müller: Ich habe noch eine kurze Bemerkung. Marcel Müller hat mir aus dem Herzen gesprochen, wir müssen in dieser Sache zusammenhalten. Ich möchte die SVP und die FDP noch darauf hinweisen, dass aus ihren Reihen Leute für den National- und Ständerat kandidieren, die in Nussbaumen wohnen oder in Nussbaumen aufgewachsen sind. Versucht diese Leute bitte für unsere Bedenken zu gewinnen.

Christoph Alder: Ich habe ein Problem damit, wenn man ständig darüber diskutiert, ob man bei Rückweisungsanträgen jetzt nochmal darüber diskutieren kann oder eben doch nicht. Du schaust dann immer Stefan Semela an und Stefan Semela schaut dich an und zwischendurch kommt dann noch Peter Marten dazu. In diesem Bereich bräuchte es eine gewisse Klarheit. Wenn ein Rückweisungsantrag kommt, dann wird direkt darüber abgestimmt und dann gibt es keine Diskussionen und es sollte nicht von Geschäft zu Geschäft anders gehandhabt werden.

Christian Keller: Mit dem Postulat Kirchweg habe ich noch ein zweites Postulat eingereicht und den Gemeinderat dazu aufgefordert, die mit der Eigentümerschaft Markthof getroffene Vereinbarung über die öffentlichen Nutzungsrechte im Bereich des veräusserten Abschnitts der Schulstrasse zu publizieren.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das steht beim Markthof an. Wir hatten bereits schon mehrere Besprechungen, aber wir haben die Antwort noch nicht erhalten.

Christian Keller: Das scheint dort schwierig zu sein. Es ist noch ein Postulat der Grünen hängig, das ist nun bereits fünf Jahre her. Der Rat hat das Postulat überwiesen und wir erhalten einfach keine Antwort.

Aline Schaich, Gemeinderätin: Der Status ist noch immer gleich, wir kämpfen darum, eine befriedigende Antwort zu erhalten. Wir stehen auch an, wir haben die Antwort nicht, es ist aber nicht vergessen. Wir bemühen uns weiterhin eine befriedigende Antwort zu erhalten.

Christian Keller: Hat der Gemeinderat schon versucht via Medien mit Beznau zu sprechen? Ich schliesse die Sitzung um 22.55 Uhr. Wir treffen wir uns nach der Sitzung im Restaurant Halldengut. Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Der Präsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler